

Sitzung Nr. 2 vom 03. März 2020

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Simon Klaus (Ersatz) Nicole Hirt
Entschuldigt	Peter Brotschi
Anwesend von Amtes wegen	Fabian Ochsenbein, Stadtplaner Karin Heimann, Standortförderin Christian Ambühl, Polizeikommandant Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:50 Uhr
TRAKTANDEN	(2595 - 2611)
1	Protokolle der Sitzungen Nr. 11 vom 3. Dezember 2019 und Nr. 1 vom 21. Januar 2020
2	2595 Agglomerationsprogramm: Orientierung

- 3 2596 Motion Fraktion SP: Endlich ein Velokonzept für die „Velostadt Grenchen“: Beschluss über Erheblicherklärung
- 4 2597 Motion Angela Kummer (SP): Belegung von öffentlichen Plätzen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2598 Mehrweg-Geschirr an Veranstaltungen; Ergänzung des Reglements über Anlassbewilligen
- 6 2599 Corona-Virus: Lagebeurteilung vom 3. März 2020
- 7 2600 Stadtbibliothek:
 - Pensenaufstockung um 10 % bei der Funktion Hilfsbibliothekar/in
 - Schaffung von max. 30 Stellen% für Springer im Stundenlohn
- 8 2601 Motion Fraktion SP: Kinderbetreuung während Schulferien: Beschluss über Erheblicherklärung
- 9 2602 Genehmigung Ferienplan ab 2026 / 2027
- 10 2603 Schulen Grenchen: Wahl eines Behördenmitglieds als Vertretung der kommunalen Aufsicht im Rahmen der Externen Evaluation (ESE) der Schulen Grenchen
- 11 2604 Motion Angela Kummer (SP): Littering - Sensibilisierung: Beschluss über Erheblicherklärung
- 12 2605 Motion Nicole Hirt (glp): Transparenz bei Auftragsvergaben: Beschluss über Erheblicherklärung
- 13 2606 Motion Fraktion SVP: Elternbeiträge jetzt überprüfen und anpassen: Einreichung
- 14 2607 Postulat Remo Bill (SP): Photovoltaikanlage auf den Dächern vom Feuerwehrgebäude und Kindergarten Schmelzi: Einreichung
- 15 2608 Interpellation Remo Bill (SP): Elektrobusse für die BGU?: Einreichung
- 16 2609 Interpellation Remo Bill (SP): Überprüfen der Kommissionen der Stadt Grenchen?: Einreichung
- 17 2610 Interpellation Richard Aschberger (SVP): Stellenentwicklung bei den Schulen Grenchen / Bildung: Einreichung
- 18 2611 Kleine Anfrage Remo Bill (SP): "Illegale" Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Einreichung

- o -

Die Protokolle der Sitzungen Nr. 11 vom 3. Dezember 2019 und Nr. 1 vom 21. Januar 2020 werden genehmigt.

Agglomerationsprogramm: Orientierung

1 Orientierung

- 1.1 Sacha Peter, Amtschef, Amt für Raumplanung des Kantons Solothurn, dankt für die Einladung und spricht ein paar einleitende Worte zum Projekt Agglomerationsprogramm.
- 1.2 Andrea Buchs, Raumplanerin, Amt für Raumplanung des Kantons Solothurn, informiert anhand einer Präsentation über das Agglomerationsprogramm Grenchen (siehe Beilage).
- 1.3 Sacha Peter geht noch auf die Lessons learned ein und hält einen Ausblick auf das weitere Vorgehen. Wichtig ist, dass man das Agglomerationsprogramm als Generationenprojekt versteht. Es ist nicht das Erarbeiten eines Berichts, den man irgendjemandem schickt, damit dieser nachher einen Scheck überweist, sondern es geht darum, dass man jetzt die Zusammenarbeit der Gemeinden auf eine neue Ebene stellt. Agglomerationsgefühl oder Aufeinanderzugehen entstehen auch nicht von heute auf morgen, sondern es braucht Zeit. Es hat einen ehrgeizigen Zeitplan, was die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms 4. Generation betrifft. Die Anforderungen sind hoch. Es ist ein Spagat, den man machen muss. Vielleicht ist dann auch manchmal weniger mehr. Entscheidend ist, dass man einmal eine gemeinsame Grundhaltung darüber hat, wohin man sich in den nächsten 20 Jahren entwickeln will. Ob dann alle Massnahmen schon so reif sind, dass man sie zum jetzigen Zeitpunkt eingeben kann, muss man dann entsprechend sehen. Grenchen hat ein Stück weit eine wichtige Rolle als Drehscheibe, als Zugpferd des Agglomerationsprogramms. Auf der anderen Seite ist es auch noch anspruchsvoll, dass man auf Augenhöhe auf die kleineren Nachbargemeinden zugeht und mit ihnen im Gespräch bleiben kann. Das ist auch halt eine Gesprächskultur, die dann entsprechend entsteht. Man spürt, wenn man sich in den Gemeinden etwas umhört, auch ein gewisses Misstrauen, was die Zusammenarbeit anbetrifft, vielleicht aus Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie auch immer. Hier ist es wichtig, dass man mit einem positiven Grundgedanken gemeinsam in die richtige Richtung geht. Ein wunder Punkt beim Ganzen ist das Thema der Ressourcenverfügbarkeit. Wie gesagt, das Agglomerationsprogramm ist ein Generationenprojekt. Da muss man am Ball bleiben und jemand muss sich darum kümmern. Das Problem ist immer, wer dieser „jemand“ genau ist, in welchem Büro er sitzt und was er genau macht. Es ist nicht der Kanton, der für die Agglomeration irgendeinen Bericht schreibt und fragt, ob die betreffenden Gemeinden einverstanden sind, sondern es muss von den Gemeinden aus kommen.

Die Gemeinden müssen sich dann auch zusammenraufen und die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit der Prozess auch über längere Zeit am Leben gehalten werden kann, gestützt auf die Abmachungen, die man im Agglomerationsprogramm miteinander getroffen hat. Wichtig ist die lange Sicht. Man spricht von 2040. Man muss sich nur überlegen, was vor 20 Jahren war. Da gab es die Smartphones noch nicht. Was ist in 20 Jahren? Das ist wahnsinnig schwer abzuschätzen. Wichtig ist, dass man die Tendenzen, die man sieht, antizipiert und ein paar Pflöcke einschlagen kann, die einen in die richtige Richtung für die Zukunft bringen. Man sollte aber nichts überstürzen. Wenn man dem Bund unreife Massnahmen zur Finanzierung beantragt, kann der Schuss auch nach hinten losgehen. Hier kann die Stadt Olten ein Lied singen, die ihre grossen baulichen Massnahmen (sei es betreffend Neubau Bahnhofplatz Olten oder Unterführung Hammer) sehr früh eingereicht hat. Als man dann genauer hingeschaut hat, hat man gemerkt, dass es 50 Prozent mehr kostet. Aber der Bund hatte seinen Betrag schon auf den kleineren Betrag gesprochen. So etwas ist dann unschön. Es gibt auch keinen Druck in dem Sinne, dass man jetzt ganz schnell etwas einreichen muss. Es gibt noch verschiedene Generationen. Die Finanzierung ist über Jahre oder Jahrzehnte mit den Fonds des Bundes her gesichert. Man kann eigentlich den richtigen Zeitpunkt abwarten, um die richtigen Massnahmen auch einzureichen. Daher würde er sich wünschen, dass man 4G, 5G und 6G durchaus als Strahlung verstehen könnte, aber im positiven Sinne, dass eben Grenchen ein wenig mehr strahlen könnte, auch in der Schweiz. Es gibt einen sehr engen Zeitplan. Der nächste wichtige Meilenstein ist der 18. Mai 2020. Dort wird es darum gehen, dass man im Agglomerationsprogramm miteinander die Freigabe des Agglomerationsprogramms für die Mitwirkung beschliesst. Ziel ist es, dass man bis Juni 2021 bereit ist, um das Agglomerationsprogramm beim Bund einzureichen, und vorher bereits einmal schaut, dass man beim Bund vorstellig werden und ihn konditionieren kann, damit er dann gut und richtig auf das Agglomerationsprogramm Grenchen reagiert. Hier ist man eigentlich zuversichtlich. Bei Fragen stehen Andrea Buchs und er gerne zu Verfügung.

- 1.4 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für den Abriss. Man sieht, dass sehr viel gearbeitet wurde. Gleichzeitig werden sehr viele Arbeiten im Rahmen der Ortsplanungsrevision geleistet. Aber es ist ein spannender und interessanter Prozess. Wichtig ist, dass man die Zeitpanne 2020 bis 2040 sieht. Man ist noch nicht daran gewöhnt, in solchen Zeiträumen zu denken.
- 1.5 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno fragt, wie realistisch es ist, dass man es schafft, in die 4. Generation Agglomerationsprogramm hineinzukommen. Wenn man die Zeitachse betrachtet, ist es zeitlich relativ eng. Man ist sicher gut aufgestellt und es wurde viel gearbeitet. Sacha Peter hat noch Erfahrungen mit anderen Projekten. Wird man es schaffen oder muss man sich abfinden, dann man erst in die 5. Generation hineinkommen würde?
- 1.5.1 Gemäss Sacha Peter konnte Grenchen bezogen auf die neuste Entwicklung und das Zukunftsbild bereits einen ersten wichtigen Schritt machen. Die Frage ist mehr, wie umfangreich der Massnahmenkatalog ist, den man als 4. Generation eingibt. Man kann aber einmal einen Akzent gegenüber dem Bund setzen, um zu sagen, dass man eine Agglomeration ist und entsprechende Ziele verfolgt. Vielleicht merkt man, dass die einen oder anderen Aufgaben noch nicht alle gelöst werden können.

Es ist schon absehbar, dass es nicht nur Massnahmen geben wird, die man dem Bund fixfertig zur Ausfinanzierung beantragen kann, sondern dass es verschiedene Aufgaben geben wird, wo die Gemeinden zusammen mit dem Kanton weiter daran arbeiten müssen. Deshalb sollte man es nicht als einmaliger Erarbeitungsprozess im Hinblick auf die 4. Generation anschauen, sondern als Investment auf längere Zeit hinaus. Die Einreichungsgeschichte sind gewisse Zeitschnitte, wo man schaut, wie weit man ist und was man eingeben kann. Kann man etwas eingeben, tut man das, aber dann geht die Arbeit weiter. Er hat ein gutes Gefühl, dass man das so schaffen könnte.

- 1.6 Gemeinderätin Nicole Hirt bezieht sich auf die Folie „Bäche als verbindendes Element“. Es gibt aber nicht nur die Bäche. In Grenchen weiss man, dass alles begradigt oder eingedohlt ist. Sie hofft, dass es auch noch andere Elemente gibt, die eine Rolle spielen.
- 1.6.1 Gemäss Sacha Peter findet man das Thema Durchgrünung des Siedlungsraums im Thema Siedlungsqualität. Es ist sicher ein Thema, aber es ist nicht ganz trivial, dort schon ganz konkrete Massnahmen stellen zu können. Hier braucht es eine sinnvolle Abstimmung, so wie man es auch in der Ortsplanung macht. Es muss auch irgendwie zusammenpassen. Man kann das ganze Verdichtungsthema nicht ohne Grünthema denken. Das wird auch beim Agglomerationsprogramm so sein.
- 1.7 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, konnte man im Zusammenhang mit dem zukünftigen Verkehrskonzept erkennen, dass der Langsamverkehr, der Fussgänger- und Veloverkehr prioritär gefördert werden sollen. Das ist etwas, das einigen in dieser Gegend nicht wahnsinnig gefällt. Wie viel Wert legt der Bund auf die Umsetzung von solchen Konzepten, dass man den MIV, so wie er es verstanden hat, kanalisieren und zugunsten des Velo- und Langsamverkehrs weniger priorisieren soll?
- 1.7.1 Sacha Peter meint, dass man differenzieren muss, wenn man beim Veloverkehr von Langsamverkehr spricht, weil ein Velo, das 75 Stundenkilometer pro Stunde fährt, nicht wirklich langsam fährt. Aber in den letzten drei, vier Generationen hat das einen anderen Stellenwert erhalten. Als man angefangen hat, konnte man noch nicht absehen, wie sich auch die Elektromobilität entwickelt. Gerade in Grenchen, wo es auch die entsprechenden topografischen Geschichten gibt, eröffnet das ganz neue Möglichkeiten. Manchmal muss man gar nicht so weit denken. Es gibt auch ganz einfache Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr. Wenn es nur schon beim Ausstieg am Bahnhof Grenchen Süd eine gescheite Signaletik hätte, wie man auf dem direktesten Weg zum Bahnhof Nord kommt, wäre das hilfreich. Das sind so kleine Geschichten. Man kann auch mit niederschweligen Massnahmen eine Verbesserung erreichen. Was einen viel höheren Stellenwert erhält, sind die so genannten Mobilitätsdreh-scheiben, wo man mit einem Übergang die verschiedenen Mobilitätsformen miteinander kombinieren kann. Das hat ganz einen anderen Stellenwert erhalten als noch vor ein paar Jahren.
- 1.8 Gemeinderat Alexander Kaufmann weist darauf hin, dass man in Grenchen eine Spezialität hat und das ist der Flughafen. Wie weit ist der Flughafen im Agglomerationsprogramm drin? Der Flughafen reicht zum Teil bis nach Bettlach. Die Einwohnergemeinde Bettlach ist dabei in diesem Agglomerationsprogramm. Die Einwohnergemeinde Lengnau betrifft es ebenfalls. Man hat viele Sachen und Entwicklungen auf dem Flughafen, die wichtig für die Zukunft sind. Ist das auch ein Thema im Agglomerationsprogramm?

- 1.8.1 Im Grundsatz, so Sacha Peter, definiert sich der Perimeter im Agglomerationsraum im Wesentlichen über die Gemeinden. Das heisst konkret, welche Gemeinden sind eigentlich berechtigt, Beitragsgesuche an den Bund zu stellen? Das sind hier die drei Gemeinden Grenchen, Bettlach, Lengnau, die entsprechend legitimiert sind. Selbstverständlich ist das Thema Flughafen mit der ganzen Neckarsulm-Entwicklung auch Bestandteil. Es geht wirklich um sämtliche Themen, die in dem Raum stattfinden. Beitragsberechtigt sind gewisse bestimmte Verkehrsmassnahmen. Alles andere muss man halt in Eigenleistung erbringen, aber das Agglomerationsprogramm sollte trotzdem einen Gesamtblick über sämtliche Themen und Geschichten haben.
- 1.9 Stadtpräsident François Scheidegger dankt herzlich für die Ausführungen und die Unterstützung, die man aus Solothurn spürt. Das ist man nicht immer so gewöhnt. Das tut gut. Man ist sich bewusst, dass man noch viel Arbeit leisten muss, damit man mit dem Programm noch zu einem guten Ende kommt.
- 1.10 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

Beilage: Präsentation Agglomerationsprogram Grenchen

BD

7.9.1 / acs

Motion Fraktion SP: Endlich ein Velokonzept für die „Velostadt Grenchen“: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/24.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Gemeinderat Daniel Hafner wurde in diesem Plenum vor elf Jahren bereits über die Erarbeitung eines Velokonzepts diskutiert. Diese wurde seinerzeit abgelehnt. Seither ist viel Wasser die Aare hinuntergeflossen und es haben sich einige Sachen geändert. Im Agglomerationsprogramm sollen direkte Veloverbindungen innerhalb der Siedlungsgebiete und ein dichtes Wegnetz eine entsprechende Priorität erhalten. Grenchen definiert sich über das Velodrome, den Pump Track und die Biketrails als Velostadt, aber ein Konzept für den Alltagsverkehr existiert immer noch nicht. Wie gesagt, der Zeitgeist hat sich verändert. Bis anhin hat man immer von der Problematik der Topografie gesprochen (Steilhanglage etc.). Mittlerweile gibt es E-Bikes und sehr viele E-Biker in Grenchen. Es werden mehr E-Bikes als traditionelle Bikes gekauft. Das E-Bike ist eine gute Alternative. Man ist mitten in einer Ortsplanungsrevision und das bedingt, dass man auch Verkehrsführungen anschaut. Aus Sicht der SP-Fraktion gehört dort ein taugliches Velokonzept dazu. In den vergangenen Jahren wurde der Langsamverkehr in anderen Städten völlig priorisiert. Er denkt, dass es langsam Zeit ist, dass Grenchen diesbezüglich nicht abseits steht. Auch wenn sich Grenchen zum Teil als Autostadt definiert, ist jetzt wirklich der Moment da, dass ein taugliches Velokonzept geschaffen wird.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemäss Gemeinderätin Nicole Hirt begrüsst die glp natürlich ein Velokonzept für Grenchen als Technologiestadt im Grünen und wird die Motion erheblich erklären. Wenn die Stossrichtung des Kompass - sie erinnert daran, dass der Fokus auf Leben und Wohnen liegt - ernst genommen werden will, muss auch dem veränderten Mobilitätsverhalten und Verkehrsaufkommen Rechnung getragen werden. Die Voraussetzungen für den Langsamverkehr müssen verbessert werden, was sich schliesslich für alle Verkehrsteilnehmer positiv auswirken wird und für eine moderne Stadt ein Muss ist. Mit dem Attribut „Autostadt“ kann man im 2020 einfach keinen Blumentopf mehr gewinnen.

- 3.2 Gemeinderat Reto Gasser meint, dass die Motion offene Türen und Tore einrennt. Man kann feststellen, dass das Ganze im Rahmen der Ortsplanungsrevision ohnehin angegangen wird. Die Motion wäre daher nicht nötig gewesen. Aber die Verwaltung lässt sich wohl gerne beüben. In dem Sinne hat sie das vorliegende Papier ausgearbeitet. Er fragt sich, wie viel das wieder gekostet hat. Die FDP-Fraktion ist für Erheblicherklärung, wird aber auch gleich beantragen, dass die Motion abgeschrieben wird, weil sie offene Türen einrennt. Er hat noch einen Tipp an die Motionärinnen und Motionäre: Vielleicht würde auch ein Telefonanruf bei der Verwaltung genügen, dann wäre das relativ schnell erledigt und der Gemeinderat müsste sich nicht mit unnötigen Motionen auseinandersetzen und noch eine Viertelstunde darüber diskutieren.
- 3.3 Gemeinderat Marc Willemen meint, dass ihm Reto Gasser aus dem Herzen spricht. Es ist so, dass man sich den Kopf zerbricht und schaut, was man machen kann, damit man etwas Vernünftiges auf dem Radsystem realisieren kann. Es ist einfacher, schnell ein Papier zu schreiben, als vernünftige Radwege in Grenchen zustande zu bringen, die zahlbar und im Rahmen sind. Es muss realisierbar sein und es dürfen nicht irgendwelche Träume sein, die nachher in der Schublade verschwinden. Er ist dort auch dabei und macht sich zusammen mit den anderen ganz viele Überlegungen, was man machen könnte, aber es sollte vernünftig und sicher sein. Es ist schon etwas am Tun, z.B. die Unterführung beim Bahnhof Süd. Man ist auf dem Weg und schaut, dass etwas kommt. Aus Sicht der SVP-Fraktion wäre der Vorstoss auch nicht nötig gewesen. Sie stellt den gleichen Antrag wie die FDP-Fraktion: Erheblicherklärung und sofortige Abschreibung.
- 3.4 Gemäss Simon Klaus, Ersatz-Gemeinderat, wurde bereits viel zum Thema gesagt. Es ist grundsätzlich schön zu sehen, dass das Verkehrsmittel „Fahrrad“ auch in Grenchen wieder an Bedeutung gewinnt. In den letzten Jahren wurde in Grenchen einiges unternommen und investiert, um das Freizeitangebot auf zwei Rädern zu fördern. Im Alltag jedoch ist das Velo als Verkehrsmittel in Grenchen aus persönlicher Sicht nach Bus und MIV eher drittklassiert. Zu schmal sind die Nord-/Süd-Verkehrsachsen, zu gefährlich die Parkplätze, Bushaltestellen, Inseln und teils nicht alltäglichen Vortrittsregelungen (z.B. Ecke Gibelstrasse/Bahnhofstrasse). Wie die mit 175 Personen nicht wirklich repräsentative Umfrage (mit 3.9 knapp ungenügend) aus dem Jahr 2018 ergab, herrscht hier Nachholbedarf.
- Nicht zuletzt möchte die CVP an dieser Stelle das erheblich erklärte Postulat „Unterführung Bahnhof Süd“ (Frühling 2017) sowie die Motion „Sichere Girard-Strasse für Velofahrer“ (Herbst 2017, Umwandlung in ein Postulat) erwähnen. Im Nachhinein ist es wohl gut, dass keine „Pflästerli“-Lösung realisiert wurde und man nun ein Gesamtkonzept anstrebt. Und schön, dass im Leitbildentwurf „Grenchen 2040“ das Attraktivieren von bestehenden Langsamverkehrsverbindungen als prioritäres Ziel genannt wird.
- Kurz: nach dem Motto „Eins nach dem anderen“, aber trotzdem mit einem Gesamtkonzept und keiner Insellösung, erklärt die CVP die Motion für erheblich - hofft aber, dass das Konzept in 13 Jahren umgesetzt und dann nicht wieder aufgrund einer weiteren Motion ausgegraben werden muss.
- 3.5 Gemeinderätin Angela Kummer bestätigt, dass schon sehr häufig irgendetwas versendet ist. Aus diesem Grund hat sie den Vorstoss auch eingereicht. Der Gemeinderat weiss selbst, was man jeweils für Diskussionen bei Verkehrsberuhigungsmassnahmen hat. Das ist das Thema, worüber der Gemeinderat am meisten debattiert.

Es geht ihr gar nicht darum, den einen Verkehr gegen den anderen Verkehr auszuspielen. Man hat gegenüber früher eine komplett andere Situation. Hier geht es wirklich darum, Prioritäten zu setzen und zu verlangen, dass man es in der Ortsplanungsrevision anschaut. Sie bittet, mehr in die Zukunft zu schauen, dem Anliegen das nötige Gewicht zu geben und die Motion nicht abzuschreiben.

- 3.6 Daniel Hafner bezieht sich auf Ziff. 2.2 der Stellungnahme, wo Folgendes festgehalten ist: *„Inwiefern die planerischen Grundlagen aus der Ortsplanungsrevision anschliessend in einem eigentlichen Velokonzept vertieft werden sollen oder pragmatisch im Einzelfall umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten.“* Das ist bereits der erste Schritt, dass es wieder versandet. Die SP-Fraktion möchte dass es thematisiert wird. Wenn das nicht passiert, dann ist es genau wie vor 10 Jahren und man steht am gleichen Ort wie bisher.
- 3.7 Stadtpräsident François Scheidegger erwidert, dass es ganz sicher nicht versandet. Man arbeitet daran, hat sich schon sehr viele Gedanken zu diesem Geschäft gemacht.
- 3.8 Gemeinderat Alexander Kaufmann findet, dass schon dümmere Vorstösse eingereicht wurden. Man ist an der Ortsplanungsrevision und froh, wenn aus der Politik auch Vorstösse kommen, die hier einen Schwerpunkt setzen. Er versteht nicht, weshalb man jetzt schon darüber diskutieren muss, den Vorstoss abzuschreiben. Er wird die Motion erheblich erklären und fertig. Er findet das ein wenig komisch.
- 3.9 Nach Ansicht von François Scheidegger ist es ein Streiten um das Kaisers Bart, ob man es abschreiben soll oder nicht. Man kann es auch stehen lassen. Wenn es nicht abgeschrieben wird, muss die Verwaltung immer einen jährlichen Bericht abgeben.
- 3.10 Laut Reto Gasser kann die Motion abschrieben werden, weil es in der Ortsplanungsrevision ohnehin 100-prozentig Eingang findet. Er bittet die Motionäre, doch etwas Neues zu bringen, nicht das, was ohnehin schon bearbeitet wird.
- 3.11 François Scheidegger gibt Alexander Kaufmann Recht. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist es gar nicht so schlecht, wenn man auch den politischen Willen ein wenig spürt.
- 3.12 Stadtplaner Fabian Ochsenbein hatte auch das Gefühl, dass der Vorstoss offene Türen einrennt. Dass es ein Anliegen ist, eine Verbesserung des Veloverkehrs herbeizuführen, ist unbestritten. Vor zweieinhalb Jahren hat man dies auch im räumlichen Leitbild festgehalten. Wie bereits erwähnt wurde, arbeitet man konkret im Rahmen der Ortsplanungsrevision an diesem Thema. Man ist am Verkehrsrichtplan. Dort ist das Anliegen Veloverkehr ein genau so wichtiges Thema wie alle anderen Verkehrsanliegen auch. Er verbürgt sich dafür, dass man sich im Rahmen der Ortsplanungsrevision des Themas annimmt und planerische Sicherstellungen vornimmt. Zur verklausulierten Formulierung in Ziff. 2.2 der Stellungnahme erklärt er Folgendes: Man arbeitet jetzt in der Ortsplanungsrevision an diesem Thema, man hat vorher von den Vertretern des Kantons gehört, dass man im Rahmen des Agglomerationsprogramms ebenfalls an diesem Thema arbeitet. Dort ist es etwas übergeordneter und betrifft die Verbindungen zu den Nachbargemeinden. Auch dort ist der Veloverkehr ein Thema. Da stellt sich für ihn schon die Frage, ob es Sinn macht, dass man quasi parallel dazu noch einen dritten Planungsprozess aufgleist und sagt, dass man jetzt nochmals mit einem Velokonzept anfängt, oder ob es gescheiter ist, wenn man jetzt nur die zwei Prozesse weiterführt und schaut, was man dort für Probleme antrifft und was für Handlungsbedarf herauskommt.

Allenfalls ist es dann durchaus denkbar, diese Erkenntnisse noch weiterzuführen und z.B. Massnahmenblätter zu erarbeiten, wo man ganz konkrete Massnahmen für den Veloverkehr vorschlägt. Im Sinne eines pragmatischen Vorgehens kann man dann entscheiden, wenn man auch gewisse Erkenntnisse hat. Das ist der Vorschlag der Verwaltung. Dass das Anliegen ernst genommen und bearbeitet wird, ist unbestritten.

- 3.13 Wenn man so pragmatisch an die Sache herangeht, hat Angela Kummer Bedenken, dass man nachher gar nichts hat.
- 3.14 Wie der Gemeinderat vorhin gehört hat, so François Scheidegger, hat er das Versprechen des Stadtplaners.
- 3.15 Marc Willemin findet das Misstrauen all denen gegenüber, die hier mitarbeiten, unglaublich.
- 3.16 Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Erheblicherklärung der Motion wird einstimmig gutgeheissen.

Die Abschreibung der Motion wird mit 8 : 7 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Vollzug: BD

BD
Stapo
KFS
SF

7.9.1 / acs

Motion Angela Kummer (SP): Belebung von öffentlichen Plätzen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/23.12.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemeinderätin Angela Kummer möchte zuerst einmal betonen, wie toll es ist, was sich seit letztem Jahr auf dem Marktplatz getan hat: viele verschiedene neue Elemente haben den Marktplatz schon sehr aufgewertet und bringen die Menschen dazu, das Zentrum mehr zu beleben. Einzelne relativ spontane Aktionen wie beispielsweise ein Karatetraining sind auch schon durchgeführt worden. Warum will man aber überhaupt öffentliche Plätze beleben? Man will Leute in die Stadt locken, damit sie eben nicht nur einkaufen oder konsumieren, sondern vor allem auch damit sie sich treffen und austauschen können. Man will den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken, nicht nur an Grossevents, sondern auch tagtäglich. Darum findet sie es richtig, Möglichkeiten zu schaffen, das Zentrum nicht nur FÜR die Bevölkerung zu beleben, sondern eben MIT der Bevölkerung. Ideen kann man sich zum Beispiel von der Solothurner Aktion „Platz da!“ holen oder auch Biel hat kreative Ideen angeboten. Der jetzige Ansatz der Stadt ist grundsätzlich gut, nur hapert es wieder einmal bei der Umsetzung. Es dauerte sehr lange, bis Element um Element umgesetzt wurde oder noch wird. Ziel muss es nun noch sein, der Bevölkerung die Hürden zu nehmen, um auch selber etwas auf die Beine zu stellen. Der Leitfaden ist auch gut, aber sehr lange und holprig und fast nicht auffindbar auf der Website. Aber alle müssen ihn finden, die ihn suchen! Ohne Einbindung der Bevölkerung werden die Ideen kaum umsetzbar sein. Hier muss der Funke springen. Die SP ist gespannt auf das Projekt „Bühne frei“. Sie kann mit dem Vorschlag der Verwaltung leben, wird aber weiterhin den Finger auf diesem Thema halten, wenn zu wenig gehen sollte. Zudem hat es noch x öffentliche Plätze, die es aufzuwerten gilt.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno entspricht die vorliegende Motion einem grossen Teil, welcher bereits umgesetzt wurde und noch folgen wird wie z.B. das Projekt „Bühne frei für den Marktplatz“ oder seine eingereichte Motion „Markthalle“.

Die Zentrumsbelebung ist ein sehr zentrales Element von „Leben und Wohnen“, welches sicher noch ausbaubar ist. Einen wichtigen Teil sieht die CVP in der Kommunikation der verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen, welcher in Zukunft noch mehr Gewicht gegeben werden sollte. Denn was nützt es, wenn Vereine tolle Aktionen auf dem Marktplatz planen und niemand davon Kenntnis nimmt, weil im Vorfeld nichts oder nur spärlich kommuniziert wurde. Hier liegt grosses Verbesserungspotential. Die CVP ist für Eintreten, Erheblicherklärung und direkte Abschreibung der Motion.

- 3.2 Laut Gemeinderat Marc Willemin geht dieses Papier in die gleiche Richtung wie das vorhergehende Papier, in dem Sinne, dass es Arbeitsbeschaffung ist. In der Stellungnahme zur Motion wird unter Ziff. 2.8 richtigerweise festhalten: *„Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Motion offene Türen einrennt, und die Verwaltung den Themenbereich längst und auf vielfältige Art bearbeitet.“* Die Motion soll aus Sicht der SVP-Fraktion erheblich erklärt und sofort abgeschrieben werden.
- 3.3 Gemeinderat Reto Gasser liest namens der FDP-Fraktion den gleichen Abschnitt wie Marc Willemin aus der Stellungnahme vor: *Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Motion offene Türen einrennt, und die Verwaltung den Themenbereich längst und auf vielfältige Art bearbeitet.“* Die Motion soll erheblich erklärt und abgeschrieben werden. Danke für die Beschäftigung.
- 3.4 Stadtpräsident François Scheidegger möchte noch Standortförderin Karin Heimann die Gelegenheit geben, sich zu äussern. Was von der Motionärin vorhin geäussert wurde, empfand er schon noch als harte Kritik, denn er muss wirklich betonen, dass der Marktplatz ein Dauerthema in der Verwaltung ist. Es ist nicht ein einfaches Thema. Man ist dauernd daran, aber das Ei des Kolumbus hat man einfach noch nicht gefunden. Er glaubt, dass es viele kleine Massnahmen braucht. Es ist wie ein Mosaik. Er gibt zu, dass es manchmal mit der Umsetzung etwas lang geht und er manchmal auch ungeduldig ist. Zum Beispiel hat er schon lange der Baudirektion den Auftrag geben, auf der ETA-Wiese Blumenbeete anzupflanzen. Es ist aber nicht alles so leicht umsetzbar. Will man etwas auf einem Grundstück realisieren, das nicht der Stadt gehört, muss man die entsprechenden Grundeigentümer zuerst fragen.
- 3.5 Standortförderin Karin Heimann teilt die Einschätzung der Motionärin, dass man unbedingt schauen muss, dass die Bevölkerung mehr mit einbezogen wird. Sie selbst spricht immer von Komplizen und Komplizinnen. Allein kann es die Stadt nicht machen. Deswegen ist der Vorstoss sehr erfreulich.
- 3.6 Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Erheblicherklärung der Motion wird einstimmig gutgeheissen.

Die Abschreibung der Motion wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Vollzug: KZL

SF
KSF
BD
Stapo

6.2 / acs

Mehrweg-Geschirr an Veranstaltungen; Ergänzung des Reglements über Anlassbewilligen

Vorlage: Stapo/13.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Polizeikommandant Christian Ambühl fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Was in anderen Städten schon seit Jahren mit viel Erfolg praktiziert wird, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, wird nun auch in Grenchen Tatsache. Die Einführung von Mehrweggeschirr für Veranstaltungen im öffentlichen Bereich ist der richtige Schritt, den Umweltgedanken praktisch umzusetzen und den Weg in eine umweltverträgliche Zukunft einzuschlagen. Ob Mehrweggeschirr oder in Ausnahmefällen Einweggebinde oder biologisch abbaubares Geschirr mit Pfand, beides funktioniert und ist an verschiedenen Grossanlässen wie Openair-Konzerte, Sportanlässe etc. bereits Alltag und fester Bestandteil des Abfallkonzeptes. Die SP-Fraktion unterstützt diese Einführung und die damit zusammenhängende Ergänzung im Reglement. An dieser Stelle dankt sie der Stadtpolizei, allen voran dem Kommandanten Christian Ambühl, für das Ausarbeiten der Vorlage. Das Antragsformular zusammen mit dem Leitfaden Mehrweggeschirr ist leicht verständlich, gut dargestellt und praxisbezogen. Die SP-Fraktion begrüsst auch die regelmässige Anpassung von Formular und Leitfaden von Seiten der Stadtpolizei, sollte es neue Erfahrungen aus der Praxis geben oder sollten allfällig neue Produkte auf den Markt kommen. Die SP unterstützt die Vorlage gemäss Beschlussesentwurf.

2.2 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, ist die CVP-Fraktion für Eintreten und stimmt der Vorlage zu. In der heutigen Zeit, wo Nachhaltigkeit, Ökologie und bewusster Umgang mit Ressourcen keine Fremdwörter mehr sind, hat nun auch die Stadt Grenchen begriffen, dass es wichtig ist, bei öffentlichen Anlässen eine Mehrweggeschirr-Pflicht einzuführen. Toll wäre es gewesen, wenn die Stadt Grenchen als Vorreiter bereits vor Jahren ein solches Reglement eingeführt hätte. Nun freut sich die CVP aber trotzdem, dass ein solches Reglement zustande kommt und dadurch weniger Abfall produziert wird. Eines jedoch ist ihr ganz wichtig, es sollten nicht, so wie im Reglementstext steht, Ausnahmen erteilt werden, sondern möglichst keine - am besten gar keine Ausnahmen bewilligt werden!

Damit böse Zungen nicht immer behaupten können, dass die Firma Fotra ein Monopol besitzt, darf getrost dazu gesagt werden: Jeder Veranstalter ist frei in der Auswahl des Mehrweggeschirr-Anbieters.

2.3 Laut Gemeinderat Konrad Schleiss denkt die FDP-Fraktion, dass die Zeichen der Zeit erkannt wurden. Ihr ist es sehr wichtig, dass es möglichst viel Mehrweg gibt und nicht möglichst keine Ausnahmen gelten. Der Donnschtig-Jass steht vor der Türe. Er kann sich vorstellen, dass das nicht generell mit Mehrweg machbar sein wird, weil es einfach zu gross ist. Deshalb findet er es gut, dass in den Bedingungen festgehalten wird, wie es gemacht werden soll, und es keine generellen Verbote gibt. Im Leitfaden auf Seite 5 hat er sich daran gestört, dass für Gabel und Messer je zwei Franken Depot gelten sollen. Das findet er ein wenig viel. Das könnte man als Besteck für zwei Franken zusammennehmen.

2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die Ökopartei SVP Grenchen das Geschäft unterstützt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Leitfaden Meerweggeschirr

3.1.1 Christian Ambühl meint zum Depot von Gabel und Messer, dass das Biel so hat. Es ist nur ein Beispiel. Das Depot ist Sache des Veranstalters. Er bestimmt, wie viel Depot er verlangt und welches Risiko er eingeht, ob etwas zurückgegeben wird oder nicht. Er kann für Teller und Besteck ein Depot von zwei Franken festlegen. Das muss er selbst entscheiden, denn er deckt die Kosten am Schluss.

3.2 Reglement über Anlassbewilligungen

3.2.1 Stadtpräsident François Scheidegger stellt den zusätzlichen Absatz 3 von § 4 zur Diskussion.

3.2.2 Gemeinderätin Nicole Hirt findet die Formulierung „für grössere Anlässe“ etwas schwammig. Was versteht man unter grösseren Anlässen?

3.2.3 Christian Ambühl erwidert, dass grössere Anlässe bereits mit einem Abfallkonzept kommen. Wenn eine Veranstaltung mit 20, 30 Personen kommt, dann diskutiert man das schnell und es muss nicht für zwei, drei Abfalleimer ein Abfallkonzept erstellt werden, sondern die Polizei stellt diese meistens, damit gewährleistet ist, dass es funktioniert.

3.2.4 Laut Stadtpräsident François Scheidegger sind öffentliche Anlässe auf jeden Fall grössere Anlässe.

3.2.5 Nicole Hirt fragt, ob das Schweizer Fernsehens beim Donnschtig-Jass auch ein Abfallkonzept vorlegen muss.

3.2.6 Wenn eine Veranstaltung bewilligt wird, so Christian Ambühl, die nicht Mehrweggeschirr hat, dann hat das Abfallkonzept noch viel mehr Gewicht, weil der Veranstalter belegen muss, dass es funktioniert.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Ergänzung des § 4 des Reglements über Anlassbewilligungen wird genehmigt.

4.2 Die Änderung tritt sofort in Kraft.

Vollzug: Stapo

Stapo
KSF
SF

1.2.3 / acs

Corona-Virus: Lagebeurteilung vom 3. März 2020

1 Orientierung

1.1 Polizeikommandant Christian Ambühl gibt folgende Lagebeurteilung ab:

1.1.1 Ausgangslage

Seit rund zwei Monaten kommen täglich neue Meldungen über Ansteckungen mit dem sogenannten Corona-Virus (Grippenvirus). Betroffen sind alle Altersklassen und es macht keinen Unterschied, ob Mann oder Frau. Bei den meisten Betroffenen verläuft der Krankheitsverlauf aber wie bei einer stärkeren Grippe. Die aktuelle Statistik zeigt auf, dass Personen, welche durch die Ansteckung gesundheitlich Probleme bekommen und teils den Verlauf nicht überleben, zu 96% über 50 Jahre alt sind und/oder bereits eine Immunschwäche aufgewiesen haben.

Nachdem der Virus bei Personen in den umliegenden, europäischen Ländern nachgewiesen werden konnte - dabei sehr stark betroffen Italien - und leider auch einige Todesfälle verzeichnet werden mussten, ist das Virus seit dem 26.02.20 auch in der Schweiz aufgetreten. Aktuell (Stand 02.03.20) haben wir 30 bestätigte Fälle aufgeteilt in den Kantonen: Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Tessin, Waadt, Wallis, Zürich und Obwalden zu verzeichnen. Am 29.02.20 ein bestätigter Fall in Biel bei einer Schülerin. Dies hat aufgrund der Kontakte mit der Betroffenen zur Schliessung der Schule geführt. Die Betroffenen sind unter Quarantäne, dies zum grössten Teil zu Hause.

Todesfälle sind in der Schweiz zurzeit noch keine zu verzeichnen.

Im Kanton Solothurn sind zurzeit keine Fälle bekannt.

Angaben Bundesamt für Polizei Fedpol (Stand 03.03.20):

- *Erkrankte Patienten über 90'000*
- *davon verstorben: 3118 (175 ausserhalb des chinesischen Festlands)*
- *Geheilt sind mehr als 48'000 Personen*
- *Die betroffenen Personen in der Schweiz haben sich bis dato ausschliesslich im Ausland vorwiegend Italien angesteckt.*

Am 28.02.20 stufte der Bund den Coronavirus erstmalig als besondere Lage, gemäss dem Epidemiegesetz ein.

Die Bevölkerung selber ist durch die Berichterstattungen in den verschiedensten Medien bereits beunruhigt und verunsichert.

Dieses Verhalten macht sich auch in Grenchen bemerkbar. Am 26.02.20 wurde der Kommandant durch die Verantwortliche der Denner-Filiale am Vormittag in Kenntnis gesetzt, dass sich die Bevölkerung durch „Hamsterkäufe“ bereits mit Lebensmittel eindecken würde.

Am Nachmittag hat es dabei dann eine kleine Auseinandersetzung zwischen zwei Frauen im Denner gegeben, welche sich um ein Pack Spaghetti stritten.

Zurzeit sind in diversen Geschäften die Regale bereits leergeräumt. Ein Auffüllen durch die Betreiber ist aber immer noch möglich.

Auch aus dem Bereich Schulen kam von Schulleiter Hubert Bläsi die Rückmeldung, dass Eltern sich bereits weigern würden, ihre Kinder noch in die Schule zu schicken.

Aufgrund dieser Ausgangslagen wurde am 25.02.20 durch den Stadtpräsidenten eine Sitzung einberufen. Es handelte sich dabei um das Führungskader des Regionalen Führungstabes; Chef François Scheidegger, Stabschef Christian Ambühl und zusätzlich Schulleiter Hubert Bläsi.

Seit dem 27.02.20 ist der Kommunale Krisenstab unter der Leitung des Chefs François Scheidegger und des Stabschefs Christian Ambühl tätig.

1.1.2 Aktuelle Lage in der Stadt Grenchen

Die Sitzungen und Tätigkeiten werden jederzeit schriftlich erfasst und festgehalten. Somit können wir auch die Reaktionszeit erheblich verkürzen, sollte es nötig werden, den Regionalen Führungsstab auszulösen. Die bereits geführten Unterlagen dienen dann auch zur weiteren Planung und Entscheidungen.

Alle Abteilungsleiter und Betriebe mit öffentlichem Interesse wurden durch Christian Ambühl in der Funktion als Stabschef aufgefordert, eine Liste abzugeben, aus welcher ersichtlich ist, welche Arbeiten bei einem Ausfall von Mitarbeitern (krankheitsbedingt oder aus Sicherheitsgründen) gestrichen werden müssen bzw. nicht mehr ausgeführt werden können und welche Aufgaben prioritär weiter abgearbeitet werden müssen.

Des Weiteren wurden die Abteilungen aufgefordert, das eingelagerte Material zu überprüfen und ebenfalls dem Stabschef zu melden. Diese Informationen werden ebenfalls aufgearbeitet und zusammengefasst.

Grössere Informationsverbreitungen oder Pressemitteilungen von Seiten der Stadt sind noch keine geplant. Entsprechende Informationen werden bereits durch die Medien verbreitet. Auch der Bund und der Kanton orientieren täglich über mediale Plattformen über den Stand der Dinge. Man versucht, auch medial nicht eine Verunsicherung oder Panik auszulösen, welche nicht mehr zu stoppen wäre. Der Kanton Solothurn und somit auch die Stadt Grenchen haben noch keinen bestätigten Fall.

Die Stadt Grenchen hat aber die Vorarbeiten so weit vorangetrieben, dass bei akuter Lage die nötigen Schritte auf erarbeiteten Grundlagen eingeleitet werden könnten.

Es muss bei der täglichen Lagebeurteilung davon ausgegangen werden, dass über kurz oder lang auch im Kanton Solothurn ein Fall bestätigt werden muss.

Der Bund hat am 28.02.20 entschieden, dass bis Mitte März keine Veranstaltungen durchgeführt werden dürfen, bei denen sich mehr als 1000 Personen aufhalten.

Auf Stufe Kanton ist es zurzeit so, dass eine Veranstaltung mit mehr als 100 Personen eine Bewilligung durch den Kanton erfordert oder gar durch den Kantonsarzt.

Unter 100 Personen liegt die Verantwortung bei der Stadt bzw. beim Kommandanten als Bewilligungsinstanz: Hier sind folgende Kriterien: Es sollen keine "internationalen Teilnehmer" anwesend sein und seitens Veranstalter soll eine Liste mit Name, Vorname und Telefonnummer geführt werden.

1.1.3 Massnahmen / Aufgaben

Die Stadt Grenchen hat zum Wohle der Bevölkerung und zur Sicherheit bereits proaktiv mit Massnahmen begonnen. Es sind dies zurzeit:

- Für die Schulen wurden Spender für das Desinfizieren der Hände bestellt. Eine aus Sicht der Experten wichtigste und effektivste Massnahme zur Verminderung der Ansteckungsgefahr. Es handelt sich dabei um 220 Spender, die aufgrund der grossen Nachfrage bei der Firma gestaffelt bei der Polizei Stadt Grenchen eintreffen und unverzüglich dem Schulleiter übergeben werden. Da wir aber bereits frühzeitig reagiert haben stehen wir in der Prioritätsliste der Lieferungen bei der Firma oben.
- Weiter mussten Nachfüllbehälter bestellt werden. Da wir sicher von 6- 8 Wochen ausgehen müssen, benötigen wir rund 800 Liter.
- Um auf die Verhaltensregel „sich nicht die Hände zu geben“ aufmerksam zu machen, aber dadurch nicht eine Panik auszulösen, haben sich der Stadtpräsident, der Schulleiter und der Kommandant darauf geeinigt, einen Button mit einem Spruch heraus zu geben. Dieser soll prioritär in den Schulen abgegeben werden. Der Button wurde gleichentags gestaltet und bestellt. Liefertermin war der 28.02.20. (Hier darf man erwähnen, dass die Herstellerfirma den Button sehr gut findet, die Dringlichkeit in den Schulen sieht und sich bereit erklärt hat, diese am nächsten Tag für Grenchen zu produzieren und unverzüglich zu versenden).
- Die Spitex, Altersheime, SWG, die Gemeinde Unterbuchsiten haben sich bereits gemeldet, dass sie ebenfalls den Button tragen möchten. Diese Aufträge konnten bereits berücksichtigt und abgearbeitet werden. Der Button liegt auch an der Loge des Stadthauses und der Polizei auf. Abgabe in den Schulen seit Montag 02.03.20, Nachlieferung ist heute eingetroffen.
- Am 27.02.20 wurde weiter entschieden, ein Plakat zu gestalten, welches auf die wichtigsten Verhaltensregeln hinweist und in der Stadt an verschiedenen Punkten platziert wird. Das Plakat wurde bewusst mit Bezug auf die Stadt Grenchen erstellt. Darauf findet sich einerseits die Kampagne des Buttons wieder, womit ein „roter Faden“ erkennbar ist. Des Weiteren kann so dem Bürger auch vermittelt werden, dass die Stadt die Lage ernst nimmt und etwas macht.
- Nach Freigabe durch den Stadtpräsident wurden die Plakate gedruckt und in der Stadt wie erwähnt aufgehängt. Eine A3-Version des Plakates wurde in den Geschäften abgegeben.
- Die Freigabe für die Medienmitteilung „Button“ ist erfolgt. Ausgelöst wurde sie am 28.02.20 nach der Sitzung der Geschäftsleitung Stadtverwaltung (Vororientierung). Diese Aktion kommt bei der Bevölkerung sehr gut an und die erste Lieferung der Buttons von 2000 Stück ist schon fast aufgebraucht. Nachbestellung ist heute bereits wieder eingetroffen.
- Weiter wird die Lageentwicklung durch den Stabschef mehrmals täglich überprüft, für den Kommunalen Krisenstab aufbereitet und bei Bedarf werden Massnahmen eingeleitet.

1.1.4 Abgesagte Anlässe aufgrund des Entscheids des Bundes mit mehr als 1000 Personen und des Kantons mit mehr als 100 Personen:

- Die Verantwortlichen der Berufsmesse Grenchen haben den Anlass abgesagt.
- Der geplante Boxkampf in Grenchen musste abgesagt werden.
- Die Sportlerehrung wurde abgesagt.
- Die Konzerte im Luxory wurden aufgrund der Erkenntnis, dass Personen aus anderen Kantonen oder gar Interpreten und Gäste aus anderen Ländern kommen würden, verboten.
- Die Beerdigung von Toni Lötscher musste leider nach Rücksprache mit dem Kantonsarzt auf 100 Personen in der Abdankungshalle eingeschränkt werden.

1.1.5 Entscheid

Aufgrund der aktuellen Lage wird zurzeit darauf verzichtet, weitere eventuell einschneidendere Massnahmen für die Stadt Grenchen zu treffen. Die nötigen Sofortmassnahmen wurden, wie bereits aufgelistet, in die Wege geleitet und entsprechen dem Machbaren. Es wäre zurzeit nicht verhältnismässig, öffentliche Institutionen oder Schulen zu schliessen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind angehalten, Ruhe zu bewahren und sich bei Verdachtsfällen beim Arzt oder im Spital (vorgängig telefonisch) zu melden. Sie sollten sich im Alltag an die gängigsten Verhaltensregeln halten.

Sollte sich die Lage ändern, wird die Stadt Grenchen auf den ihr zu Verfügung stehenden Kanälen informieren und Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung treffen.

1.1.6 Schlussbemerkung:

Es ist bereits festzustellen, dass die Bevölkerung angefangen hat, auf Medienmitteilungen nicht mehr so stark zu reagieren, da eine sehr hohe Dichte der täglichen Berichterstattung erfolgt. Ich sehe natürlich die Wichtigkeit und man will ja auch niemandem etwas vorenthalten. Aber es führt dazu, dass viele das Interesse bereits verlieren. Dies könnte natürlich bei einem grösseren Problem zu Verzögerungen führen oder man erreicht nicht mehr die Menge, die man müsste.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger ergänzt, dass die Schulen einen Elternbrief verschickt haben und das städtische Personal per E-Mail informiert und auf entsprechende Verhaltensregeln hingewiesen wurde. Man hat sich auch Gedanken zum Thema Home Office gemacht. Es sollte gewährleistet sein, dass, falls jemand vom städtischen Kader in Quarantäne müsste, dieser normal von zu Hause aus weiterarbeiten könnte. Er weist auf die städtische Homepage hin, wo ein Knopf an sehr prominenter Stelle installiert wurde, den man anklicken und sich dort die nötigen Informationen abholen kann. Im Weiteren wird die Verwaltung der Gemeinderatskommission an ihrer morgigen Sitzung einen Rahmenkredit beantragen, um weiterhin ohne Zeitverzögerung Sofortmassnahmen treffen zu können und einen Handlungsspielraum zu haben.

Stapo

4.2 / acs

Stadtbibliothek:

- **Pensenaufstockung um 10 % bei der Funktion Hilfsbibliothekar/in**
- **Schaffung von max. 30 Stellen% für Springer im Stundenlohn**

Vorlage: SL/SV / 18.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, sind die Besucherzahlen seit der Neueröffnung der Stadtbibliothek in einem erfreulichen Mass angestiegen. Die Bibliothek am neuen Standort ist bei den Kunden beliebt und wird auch dementsprechend frequentiert. Die Besucherzahlen sind die eine Seite, die andere Seite ist das Personal, welches mit der neuen Situation Schritt halten muss. Als öffentlicher Dienstleistungsbetrieb und als wichtige kulturelle Institution führt die Stadtbibliothek ein vielfältiges, aktuelles Angebot zur Bildung, Information, Freizeit und Unterhaltung. Die Personalressourcen genügten bereits am früheren Standort nicht. Beim jetzigen, zweigeschossigen Standort stösst das Personal an seine Grenzen. Um der erhöhten Frequentierung gerecht zu werden und damit die Qualität der Dienstleistung nicht verloren geht, ist diese Pensenaufstockung um 10 % und die Schaffung von 30 Stellen% für Springer im Stundenlohn gerechtfertigt und notwendig. Die SP-Fraktion wünscht sich, dass in den neuen Räumlichkeiten zukünftig noch mehr öffentliche Anlässe und Auftritte stattfinden. Die Infrastruktur ist geeignet und lässt es zu, mindestens für 2 bis 3 Anlässe pro Jahr durchzuführen. Die Veranstaltungen können z. B. auch mit ortsansässigen Vereinen mit organisiert werden. Einzelheiten der Benützung, der Hausordnung etc. werden im Betriebskonzept erfasst, welches zurzeit im Entwurf vorliegt. Die SP erwartet die definitive Fassung. Sie steht 100 Prozent hinter der Stadtbibliothek und wird die Pensenaufstockung sowie die Schaffung der Springerstellen im Stundenlohn gemäss Vorlage unterstützen.
- 2.2. Gemeinderätin Nicole Hirt bemerkt, dass sich auch die glp ganz klar für die Verlegung ausgesprochen hat. Die Bibliothek ist jetzt 8 ½ Monate in Betrieb, schon werden Pensenaufstockungen gefordert. Dass die vergrösserte Bibliothek und auch die erweiterte Nutzung mehr Ressourcen benötigt, ist klar. Das Anliegen erscheint der ihr aber zu früh.

Die Zahlen unter Ziff. 1.4 sind zwar bemerkenswert, aber es fehlen Vergleichszahlen aus der alten Lokalität. Aus dem Entwurf des Betriebskonzeptes ergibt sich eine Frage: Ist es angedacht, dass alle die Stadtbibliothek gratis nutzen können, also auch Auswärtige? Beispiel: Der Naturförderverein lädt ein zu einem Vortrag. Wäre diese Veranstaltung für den Verein gratis? Sie verweist auf das Kultur-Historische Museum in Grenchen oder das Naturmuseum in Solothurn, die auch etwas für die Benützung der Infrastruktur verlangen. Auch scheint ihr die angedachte Hauswartung von 15 Stunden als sehr grosszügig angesetzt. Das entspricht einem Arbeitspensum von fast 40 %. Sie würde sich sonst für dieses Jöbli bewerben. Alles in allem ist für sie zu viel unklar und das Anliegen zu früh. Wenn mehr Fleisch am Knochen daherkommt, was - in ihren Augen - erst nach einem Betriebsjahr der Fall sein kann, wird sich die glp sicher nicht gegen eine neue Vorlage stemmen. Die glp stellt den Antrag, das Anliegen um ein Jahr zu verschieben. Bis dahin sollen Vergleichszahlen vorliegen.

- 2.3 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber wurde die Stadtbibliothek Mitte des letzten Jahres an ihrem neuen Standort in der alten Turnhalle in Betrieb genommen. Das Ereignis wurde im Übrigen auch sehr ausgiebig gefeiert. Seither läuft es in der Stadtbibliothek rund. Das Angebot wurde erweitert, die Frequenzen sind gestiegen und so weiter und so fort. Insgesamt ein sehr positives Echo. Dass unter diesen Umständen früher oder später die Frage einer Pensenerhöhung im Raum stehen würde, waren sich alle bewusst. Sie wurde bereits im Rahmen der Budgetberatungen im letzten Herbst diskutiert und sie notwendigen Beträge, was die Pensenerhöhung der Hilfsbibliothekarin angeht, ins Budget 2020 aufgenommen. Nachdem nun auch ein Betriebskonzept vorliegt und Auskunft gibt über die Art und Weise, wie diese Institution zu betreiben ist, steht auch einer Bewilligung von zusätzlichen Stellenprozenten für sogenannte Springerfunktionen nichts mehr im Wege. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage, stimmt den beiden Anträgen zu und nimmt vom Betriebskonzept Kenntnis. Mit der Zustimmung zu dieser Vorlage ist ihrerseits die Erwartung verbunden, dass die Räumlichkeiten auch für gesellschaftliche Anlässe vermehrt zur Verfügung stehen.
- 2.3 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Sie hat schon dem Umbau zugestimmt, dort kräftig mitgeholfen, dass es zügig vorwärts geht, und wird sicher der 30%-Aufstockung nicht im Weg stehen. Die Bibliothek bildet ein „Leuchtturm“ in Grenchen, ist gelungen und sieht gut aus. Es ist eine tolle Sache, Die Einweihung war sehr schön. Der SVP ist klar, dass die Stadtbibliothek grösser ist und es daher mehr Personal braucht. Sie unterstützt den Antrag.
- 2.4 Gemeinderat Simon Klaus, Ersatz-Gemeinderat, würde einmal behaupten, dass die Stadt Grenchen mit der 2019 umgebauten „Alten Turnhalle“ über eine der schönsten Bibliotheken weit und breit verfügt, aber sie von Nicht-Grenchnern gleichzeitig von aussen kaum als solche wahrgenommen wird. Die bei der Eröffnung gehissten Fahnen wurden leider kurze Zeit später beschädigt. Die CVP-Fraktion möchte daher unbedingt (wie dies auch im Betriebskonzept erwähnt wird), dass die Sichtbarkeit, zum Beispiel mittels metallener „Lettern“ (es soll einen edlen/hochwertigen Eindruck machen), und die Signalisierung verbessert wird. Durch die neuen Räumlichkeiten sind der Anspruch an die Betreuung und gleichzeitig der dazu nötige Aufwand gestiegen. Auch die Möglichkeit, die Räume anderwärtig, z.B. für kulturelle Anlässe und Workshop, nutzen zu können, ist ein für die Stadt absoluter Mehrwert. Daher ist es für die CVP-Fraktion klar, dass die personellen Ressourcen entsprechend angepasst werden müssen.

Aber auch die digitalen Hilfsmittel und Möglichkeiten („Self-Check-In/Check-Out“) müssen erweitert – und teils eventuell auch besser „vermarktet“ werden (z.B. Webseite bzw. winMedio). Die CVP unterstützt die Anträge zur Erhöhung des Pensums der Hilfsbibliothekarin und bewilligen den Nachtragskredit für die Springerfunktion.

- 2.5 Gemeinderat Daniel Hafner hat noch drei Bemerkungen: In der alten Bibliothek hatte es einen Computer, wo der Leser selbständig die entsprechenden Bücher, die er sucht, abfragen konnte. Stand seiner Kenntnisse wurde er nicht ersetzt, da er kaputt ist. Den müsste man seines Erachtens ersetzen, wenn das nicht schon passiert ist. Er hat gehört, dass es für kulturelle und öffentliche Anlässe, die man durchführen möchte, gar keine praktikable Bestuhlung hat (Stand: 30 oder 40 Stühle). Wenn das so wäre, würde dies dem Charakter und der Idee des Lokals widersprechen. Mit der Stellenprozentenerhöhung wird erwartet, dass das Personal vor Ort bei allfälligen kulturellen Anlässen auch ein wenig Hand bietet. Das wurde bis anhin nicht so wahrgenommen. Er weiss nicht, wie die entsprechenden Stellenbeschriebe für die Leute aussehen. Man hat jetzt eine tolle Infrastruktur. Man sollte sie benutzen und überregional bekannt machen, aber dazu braucht es ein Stück weit den Support des Personals.
- 2.6 Nicole Hirt möchte zu Ziff. 2.8. wissen, warum die Gemeinderatskommission die Budgetposition „zusätzliche 30%-Stelle“ gestrichen hat.
- 2.6.1 Stadtpräsident François Scheidegger liest aus das Protokoll der GRK/Gruppenberatungen zum Budget 2020 vom 2./3. September 2019 vor: *„Die Schulbibliothek hat aktuell 110% Stellenprozente (50 % für Leitung sowie je 30% für zwei Mitarbeiterinnen). Aufgrund der neuen, grösseren Stadtbibliothek werden 40 zusätzliche Stellenprozente beantragt (10 % die Leitung plus 30 % für zusätzlichen Mitarbeitenden). Die Gruppenberatungen verlangen ein Betriebskonzept für die Stadtbibliothek. Allenfalls könnten die 30 zusätzlichen Stellenprozente für Hintergrundarbeiten mit Stundenlöhnern abgedeckt werden (Schüler, Studenten oder Mitglieder der Literarischen Gesellschaft etc.). Die Umsetzung der Digitalisierung ist zu forcieren: z.B. Selbstausleihe und Rückgabe via Computerterminal, Ausbau Angebot an E-Books.“*
Es wurde dann folgender Beschluss gefasst: *„Die Budgetposition „zusätzliche 30%-Stelle, unbefristet“ CHF 20'600.00 wird gestrichen (weitere Ressourcen sind abhängig vom Betriebskonzept).“*
- 2.6.2 Gemäss Hubert Bläsi ging es darum, die 30 Stellenprozente nicht als fixe Lohnprozente zu definieren, sondern diese für Springer einzusetzen.
- 2.7 Wenn jetzt, so Nicole Hirt, jeder in die Bibliothek hinein kann, wie sieht es mit der Mitfinanzierung aus?
- 2.7.1 Hubert Bläsi verweist auf Ziff. 2.10 der Vorlage: *„Für Vermietungen soll das bestehende Reglement betreffend Benützung von Schulräumen gelten (GRK-Reglement von 1988, Stand 2004; Tarif „Aula (Vortragssaal...)“).“*
- 2.8 Hubert Bläsi erklärt betreffend Public PC, dass man noch eine Tranche übrig hat, womit man die Infrastruktur erweitern muss (z.B. Screen für Vorträge, Eingangskameras, die ganze WLAN-Geschichte). In diesem Zusammenhang wird man noch die Beschaffung von zwei Geräten beantragen, mit denen man Recherchen machen und nachher entsprechend selber suchen kann. Das ist einfach noch nicht umgesetzt, weil es noch Koordinationsbedarf gibt. Aber die Vorlage ist soweit bereit und die Liste in Erfassung.

Die Bestuhlung ist so, dass dort Anlässe in der Grössenordnung von 50 Personen durchgeführt werden können. Mehr macht von den Platzverhältnissen her keinen Sinn. Betreffend Support des Personals verweist er darauf, dass man aktuell daran ist, mit der Infrastruktur vorwärts zu machen. Sobald das Geld gesprochen ist, kann man auf den Weg gehen und starten. Hier bittet er einfach noch um etwas Geduld.

- 2.9 Nicole Hirt möchte Vergleichszahlen, um einen Überblick zu den vorherigen Verhältnissen zu bekommen. Im Verwaltungsbericht hat sie die Zahlen nicht gefunden.
- 2.9.1 Hubert Bläsi meint, dass man bei den Vergleichszahlen aufpassen muss, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht.
- 2.9.2 Karin Burkhalter, Leiterin Stadtbibliothek, gibt kurz Auskunft zu den Zahlen.
- 2.10 Aufgrund der Ausführungen zieht Nicole Hirt ihren Antrag zurück. Die Springerfunktionen resp. die Leute im Stundenlohn werden effektiv nur eingesetzt, wenn es sie braucht. Dass jetzt die Ressourcen fehlen, hat wohl auch damit zu tun, dass die Angestellten am Abend nicht so gerne arbeiten wollen. Sie findet es richtig, wenn man hier Studentinnen und Studenten einsetzt. Diese sind froh, wenn sie abends etwas machen können. Wenn die zusätzlichen Stellenprozente für abendliche Vorträge etc. eingesetzt werden, kann man nichts dagegen sagen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Daniel Hafner möchte, dass man explizit aufnimmt, dass die Stadtbibliothek ein Veranstaltungsort für kulturelle Anlässe ist und das im Betriebskonzept auf Seite 4 unter Ziff. 3 „Aufgaben der Stadtbibliothek“ hineingenommen wird.
- 3.1.1 Für Hubert Bläsi ist der „Veranstaltungsort“ im Begriff „Begegnungsort“ enthalten. Man kann es ergänzen.
- 3.2 Angela Kummer bezieht sich auf Ziff. 4.3 des Beschlussentwurfs. Dort steht, dass *vom Entwurf Betriebskonzept der Stadtbibliothek Kenntnis genommen wird*. Kommt das definitive Betriebskonzept nochmals in den Gemeinderat?
- 3.2.1 François Scheidegger erwidert, dass man damit nicht mehr in den Gemeinderat kommen wird.
- 3.2.2 Stadtschreiberin Luzia Meister erklärt, dass das Betriebskonzept nicht von Gemeinderat verabschiedet werden muss. Man kann dem Gemeinderat dann die Endversion zukommen lassen.
- 3.2.3 Hubert Bläsi macht beliebt, dass man, sollte man einen Mangel feststellen, Mitteilung macht. Wenn das nicht umgesetzt werden sollte, kann man immer noch in den Gemeinderat kommen.
- 3.3 François Scheidegger nimmt Kenntnis von den angebrachten Wünschen.
Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.
Ziff. 4.2 wird einstimmig gutgeheissen.
Ziff. 4.3 wird einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Pensum der Stelle Nr. 374, Hilfsbibliothekarin, wird um 10 % auf neu 40 % erhöht (total Stellenetat Stadtbibliothek neu 120 %).
- 4.2 Zusätzlich zum Stellenetat werden 30 Stellenprozent für „Springerfunktionen“ im Stundenlohn bewilligt und zu Lasten Konto 3211.3010.00 (Stadtbibliothek, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals) ein Nachtragskredit von CHF 13'000 (plus 20 % Sozialkosten) genehmigt.
- 4.3 Vom Entwurf Betriebskonzept der Stadtbibliothek wird Kenntnis genommen.

Vollzug: PA / SV / FV

SV
PA
FV

3.1.2 / acs

Motion Fraktion SP: Kinderbetreuung während Schulferien: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/19.12.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer ist es erfreulich, dass das Anliegen der SP-Fraktion betreffend Kinderbetreuung während der Schulferien von den Schulen Grenchen positiv aufgenommen wird. Das Vorgehen mit der FHNW zusammen zu arbeiten und eine Bedarfsabklärung auch über den vorschulischen Bereich zu machen, kann die SP unterstützen. So erhält man Aussagen, um anschliessend Entscheide für ein bedarfsgerechtes Angebot fällen zu können. Die Auswertung durch die FHNW wird zwar etwas länger dauern, man bekommt jedoch eine Gesamtschau auf das Thema, so nimmt sie das in Kauf und wartet gespannt auf die Resultate der Analyse.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderat Konrad Schleiss erklärt, dass die FDP für Eintreten auf die Vorlage ist. Er findet das eine interessante Frage. Es ist eine grosse Untersuchung von der FHNW geplant. Das Ergebnis ist, weil es so gross aufgestellt ist, vielleicht noch etwas unsicher, aber es hat den grossen Vorteil, dass es eine Aussensicht gibt. All jene Personen, die Kinder in der KiTa haben oder hatten, haben eine Innensicht. Er hat sich als Berufstätiger auch geärgert, wenn er seine Kinder an Vorfeiertagen bereits um 16.00 Uhr abholen musste. Er ist froh, dass es von aussen angeschaut wird. Er hegt die Hoffnung, dass es eine günstige und gute Analyse der Situation gibt.
- 3.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno nimmt namens der CVP-Fraktion wie folgt zur Motion der SP Stellung: Der Wunsch nach Kinderbetreuung in den Schulferien ist ein reelles Anliegen und zugleich auch ein Ziel vom Kompass als familienfreundliche Stadt. Ein solches Angebot zu besitzen und anbieten zu können, wäre ein grosser Standortvorteil, jedoch mit immensen Kosten verbunden, welche irgendjemand bezahlen muss. Um Nachfrage, Angebot und Finanzierung zu klären, braucht es, wie vom Gesamtschulleiter Hubert Bläsi gefordert, eine Bedarfsabklärung.

Die CVP-Fraktion unterstützt diese Vorgehensweise und sieht in der Zusammenarbeit mittels Studierendenprojekt der FHNW einen gangbaren Weg, wobei das Kosten-/Nutzenverhältnis übereinstimmt. Mittels einer faktenbasierten Bedarfsabklärung erhält man eine saubere Auslegeordnung, auf welcher weitergearbeitet werden kann. Ein wichtiger Punkt erscheint ihr dabei, dass die Eltern bei der Befragung zur Finanzierung Stellung nehmen, wieviel diese tatsächlich bereit sind, für die Ferienbetreuung ihrer Kinder aufzuwenden. Die CVP ist für Eintreten, wird aber nur zustimmen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

- 3.3 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt ist Kinderbetreuung während der Schulferien für viele arbeitstätige Eltern ein Problem und die glp erachtet es als richtig, dass eine Bedarfsanalyse gemacht werden muss. Warum der Auftrag die FHNW ausführen soll, war ihr nicht ganz klar, weil sie den Eindruck hatte, dass die Schulverwaltung selber in der Lage gewesen wäre, das zu lösen - Aussensicht hin oder her. Ein Angebot soll ausgearbeitet werden, dieses darf aber durchaus auch private Angebote enthalten, sozusagen ein ausgebauter Ferienpass. Was in der Motion komplett ausgeblendet wird, ist die Frage nach der Finanzierung. Wer seine Kinder betreut haben will, soll dafür bezahlen. Die glp wehrt sich dagegen, dass das die öffentliche Hand übernehmen soll. Sie ist der gleichen Meinung wie die CVP und wird nur zustimmen, wenn die Motion als Postulat umgewandelt wird.
- 3.4 Es ist, so Gemeinderat Richard Aschberger, keine Überraschung, dass die SVP-Fraktion den Vorstoss weder als Motion noch als Postulat durchwinken wird. Für sie sind die Eigenverantwortung und die Selbstorganisation der Eltern das A und O. Der Staat muss und darf nicht überall alles anbieten, analog wie es im All-inclusiv-Hotel heute der Fall ist. Auch fehlt hier wieder der Hinweis auf die Elternbeiträge, aber dies ist man sich als SVP gewohnt. Da die SVP nachher wahrscheinlich in der Minderheit sein wird, möchte sie auch eine Anregung mitgeben. Die glp-Sprecherin hat es vorhin erwähnt. Auch die SVP hätte sich vorgestellt, dass man die Bedarfsabklärung intern ohne FHNW lösen könnte. Er nimmt an, dass man hier noch Auskunft vom Gesamtschulleiter erhält. Er weiss gar nicht, wie das die früheren Elterngenerationen eigentlich alles auf die Reihe gebracht haben ohne staatliche Dauerhilfen und Angebote für einfach alles und jeden, 24 Stunden pro Tag, sieben Tage pro Woche, eigentlich ein Überangebot, das am Schluss wieder der Steuerzahler übernehmen muss - wer zahlt es auch sonst? Es darf nicht sein, dass auch sehr gute Einkommenserzieler nicht einmal die Vollkosten zahlen könnten, wie das aktuell in der Stadt Grenchen bei anderen Angeboten der Fall ist.
- 3.5 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi ist absolut glücklich, dass es mit der FHNW möglich ist. Die FHNW hat einen Riesenstrass von Projekteingaben erhalten. Man hat eigentlich damit gerechnet, dass man nicht zum Handkuss kommt. Gott sei Dank haben sich vier Studierende für das Projekt entschieden. So erhält man wirklich auf dem günstigsten Weg eine relativ aussagekräftige Rückmeldung. Man hätte es auch einem Büro übergeben können. Ihm muss man einmal erklären - das ist kein schulischer Beitrag - was man in der Schule noch alles mit den vorhandenen Ressourcen machen soll. Die Umfrage geht an 7'000 Familien. Man will verlässliche Aussagen, klare Rücksendungen, man will Geld und wissen, was die Leute zahlen werden. Man will es möglichst verbindlich wissen. Es gibt gewisse Umfragen, da kann man einfach ankreuzen, z. B. würden Sie Tagesstrukturen X frequentieren? Dann sagen 80 Personen ja. Wenn sie installiert sind, sind es noch 15 Personen. Deshalb möchte man es relativ verbindlich regeln. Man ist auch daran, die Tarife anzuschauen und anzupassen.

Die Umfrage sollte gleichzeitig eine Synergie sein zum Anliegen der KiTa-Veränderung, damit man dort ebenfalls Basismaterial und Informationen hat. Diese Sachen sind sicher berücksichtigt. Hier wird kein einziges Angebot definiert, sondern es werden Möglichkeiten erhoben, bei denen der Gemeinderat dann sagen kann, was für Grenchen gelten soll. Es wird nichts Neues geschaffen, sondern es wird gesagt, was möglich wäre, und dann soll jeder sagen, was für ihn richtig ist.

3.6 Angela Kummer ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

3.7 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: SV

SV
FV
KSF

3.5.1 / acs

Genehmigung Ferienplan ab 2026 / 2027

Vorlage: GLSG/27.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi verweist auf die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der an die kantonale Regelung angepasste Ferienplan wird für das Schuljahr 2026/2027 genehmigt.

Vollzug: GLSG

GLSG

2.0.0 / acs

Schulen Grenchen: Wahl eines Behördenmitglieds als Vertretung der kommunalen Aufsicht im Rahmen der Externen Evaluation (ESE) der Schulen Grenchen

Gemeinderat Matthias Meier-Moreno begibt sich als Kandidat in den Ausstand.

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderätin Nicole Hirt hat noch eine Bemerkung in eigener Sache: Es war ja schon klar, dass nicht sie, die einzige Lehrperson an öffentlichen Schulen, zur Mitarbeit gefragt wurde. Kritische Stimmen zu dem Thema sind in dieser Stadt nicht willkommen. Dass die Parteien nicht angefragt wurden, wen sie nominieren möchten, findet sie ein wenig unfair. Ihr Votum stellt in keiner Art und Weise die nominierte Person in Frage.

- 2.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ihr Recht, dass die Stadtkanzlei üblicherweise die Parteien anfragt, wen sie nominieren möchten. Aber hier hatte man wirklich das Gefühl, dass Gemeinderat Matthias Meier-Moreno die richtige Person ist. Deshalb ist man auch mit dieser Nomination gekommen. Der Gemeinderat ist frei, einen anderen Vorschlag zu bringen. Seitens Verwaltung wäre es schon ein wenig seltsam gewesen, wenn sie jemanden hat, den sie für geeignet hält, der schon gewisse Erfahrung hat und bisher einen guten Job in diesem Bereich macht, diesen nicht vorzuschlagen. Man könnte sich auch fragen, ob es Matthias Meier-Moreno gegenüber fair ist, wenn man nach seiner Zusage so eine Übung veranstaltet. Er nimmt die Bemerkung von Nicole Hirt so zur Kenntnis, ist aber immer noch der Überzeugung, dass es richtig ist.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno (CVP) wird als Behördenmitglied zur Vertretung der kommunalen Aufsicht im Rahmen der externen Schulevaluation der Schulen Grenchen (ESE 2020) gewählt.

Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, Zelgweg 3A, 2540 Grenchen
GLSG
SV
FV

2.0.8 / acs

Motion Angela Kummer (SP): Littering - Sensibilisierung: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/20.12.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemeinderätin Angela Kummer bedankt sich bei der Stadtverwaltung, dass sie ihre Motion so positiv aufnimmt. Sie kann damit leben, dass sie in ein Postulat umgewandelt werden soll. Es geht ihr nicht nur um die Teilnahme am Clean-Up Day vom 11. und 12. September 2020, sondern um ein langfristiges Mitdenken und Handeln der Bevölkerung. Wie hoffentlich alle, wünscht sie sich eine möglichst saubere Stadt und Naherholungsgebiete wie Wald und Witi. Herumliegender Abfall ist schlecht für das Stadtbild, aber auch für die Stadtkasse, denn die Stadt muss für die Entsorgungskosten aufkommen. Darum möchte die SP-Fraktion - wie es die Nachbargemeinde Lengnau macht - möglichst viele Leute für das Thema Littering sensibilisieren. Wünschenswert sind auch die Einbindung von möglichst vielen Vereinen und Institutionen. Die SP macht zusammen mit den Grünen am Clean-Up Day ebenfalls mit. Wie läuft das ganze ab? Die Gemeinde lädt die Vereine ein, koordiniert Treffpunkte und holt den Abfall an fixen Orten ab. Zum Schluss trifft man sich an einem bestimmten Ort. Die Planung dieses Anlasses ist also keine Hexerei, sondern eine Frage des Willens. Die IG saubere Umwelt stellt verschiedene Planungshilfen zur Verfügung. Für die Schulen sind vor allem die Workshops sinnvoll. Der Mobilitätstag scheint ihr kein Hindernis zu sein. Der Anlass kann auch von Jahr zu Jahr wachsen. Nebst der zentrumsnahen Aktion braucht es auch Aktionen im Naherholungsgebiet. Einige der GR-Mitglieder mögen sich vielleicht noch an die Aktion „Suubers Häxli“ erinnern, an welcher sich auch der Gemeinderat jeweils beteiligte. Alle GR-Mitglieder sind also auch herzlich zum Abfall einsammeln eingeladen!
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger meint, dass die Teilnahme an einem Clean-up Day ein altes Anliegen ist. Es war schon verschiedentlich Thema bei den periodischen Gesprächen mit dem Gesamtschulleiter. Den Auftrag hat er auch erteilt. Der Werkhof muss aber auch mitmachen. Ohne ihn geht es nicht. Deshalb macht auch nicht Verwaltung nicht mit. Er weiss, dass das andere machen, zum Teil ganze Firmen. Es geht darum, dass man ein Signal setzt. Er möchte auch darauf hinweisen, dass man bereits regelmässig so Littering-Übungen macht, z.B. durch Pro Work (früher durch die Repla GB), allerdings der Aare entlang. Es ist auch immer erschreckend, was alles weggeworfen wird. Er musste sich sagen lassen, dass es nicht so einfach, sondern relativ komplex ist. Man kann nicht einfach hingehen und Zeug einsammeln, es muss ein Stück weit organisiert sein.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Für Gemeinderätin Nicole Hirt ist absolut in Ordnung, dass die Schulen an solchen Aktionen mitmachen. Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Aus diesem Grund ist es für die glp fragwürdig, ob die Stadt per se da nicht schon genug macht. Denn wer würde bei solchen Aktionen mitmachen: Sowieso diejenigen, denen Littering ein Dorn im Auge ist und den anderen gehen solche Aktionen dort vorbei, wo die Sonne nicht hinscheint. Aufwand und Ertrag stünden so in einem Missverhältnis. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat wäre die glp jedoch einverstanden. Sie erlebt selbst als Lehrerin im Schulhaus, dass die Kinder den Abfall in der Pause auf den Boden werfen mit der Begründung, dass die anderen Klassen ihn ja ohnehin einsammeln gehen. Das ist ja ihr Ämtli. So hat sie manchmal das Gefühl, dass die Grenchner Bevölkerung das gleiche Verständnis hat. Man wirft die Sachen weg, weil man weiss, dass hinterhergeputzt wird und das ist eigentlich tragisch.
- 3.2 In Grenchen, so Stadtpräsident François Scheidegger, gibt es teilweise Probleme bei der Entsorgung von Sperrgut. Hier kommen relativ rasch Reklamationen bei ihm rein. Es kann aber nicht sein, dass, wenn jemand illegal seine ganze Wohnung entsorgt, nachher die Stadt einen halben Tag später schon alles gratis und franko einsammeln geht. Das ist immer ein Spagat.
- 3.3 Gemäss Simon Klaus, Ersatz-Gemeinderat, hängt das Image einer Stadt nicht zuletzt wortwörtlich von ihrer „Sauberkeit“ ab. Wie man leider unschwer anhand einiger Social Media-Beiträgen erkennen kann, stören sich einiger Grenchnerinnen und Grenchner an der Sauberkeit der Stadt und an den illegalen Entsorgungsaktionen einiger Bewohner oder ehemaligen Bewohner. Dass die Stadtpolizei nicht jedem liegengelassenen Zettel nachgehen kann, ist klar, dass aber einige dieser Entsorgungen im grösseren Stil teils Tage oder gar wochenlang in gewissen Quartieren gang und gäbe sind, ist doch etwas störend. Ein erster Schritt ist mit Sicherheit auch die Anpassung des Abfallsammltags (nun freitags anstatt montags) im Zentrum, so dass die Innenstadt zumindest am Wochenende frei von Abfall, Sperrgut etc. ist. Ein „Clean-Up-Day“ würde hierbei sicherlich etwas bringen - jedoch sind nebst der Sensibilisierung eben auch mehr Kontrollen und sofern möglich Verzeigungen nötig. Die CVP-Fraktion ist somit für die Umwandlung in ein Postulat und dessen Erheblicherklärung.
- 3.4 Man hat, so Gemeinderat Reto Gasser, vorhin bereits gehört, dass der Clean-up Day längstens auf dem Radar der Stadt ist. Littering ist schon längstens ein Thema. Pro Work kümmert sich darum. Aber auch hier wiederholt er gerne gebetsmühlenartig, was er heute schon den ganzen Abend sagt. Das geht ihm relativ einfach - aber Danke für die Vorlage. Die Motion rennt auch hier einmal mehr offene Türen ein, es ist schon längstens traktandiert, es wird schon längstens gemacht, aber wenn man hier eine Plattform schaffen will, ist das sicher erfreulich. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass man die Motion in ein Postulat umwandeln sollte. Dann kann sie es erheblich erklären.
- 3.5 Gemeinderat Ivo von Büren kann seinem Vorredner nur zustimmen. Angela Kummer hat den Gemeinderat heute mit vier unnötigen Vorstössen beehrt, welche die Verwaltung viel Geld gekostet haben. Schade muss sie es nicht selbst bezahlen.

Er hofft nur, dass sie an ihrer neuen Arbeitsstelle nicht mehr so viel Zeit hat und nicht mehr solche Vorstösse bringt.

- 3.6 Gemeinderat Richard Aschberger hätte noch einen Input: Wenn man schaut, was der Bussgeldkatalog bei den drei Solothurner Städten vorgibt, ist das zwischen 40 und 250 Franken, wenn man jemanden erwischen würde. Er findet das eigentlich einen kompletten Witz. Das zahlt nicht einmal die Kosten, wenn der Werkhof ausrücken muss, um das Gerümpel wegzuräumen. Vielleicht könnte man einmal prüfen, ob man den Bussgeldkatalog so anpassen kann, dass man die Geldstrafen auch in Sozialstunden umwandeln könnte, weil das bei der jüngeren Bevölkerung wahrscheinlich einen erzieherischen Charakter hat. Wenn die Jugendlichen nur 40 Franken zahlen, ist es für sie erledigt. Wenn sie hingegen zwei, drei, vier Mittwochnachmittage mit dem Werkhof zusammen auf Sammeltour gehen müssen, hört das vielleicht auf.
- 3.7 Laut Gesamtschulleiter Hubert Bläsi hat sich die Verwaltung schon öfters mit Littering auseinandergesetzt. Es ist ein Faktor, der auch in den Schulen Wichtigkeit hat. Man hat Pusch-Unterricht, es gibt Klassen, die durch die Anlage gehen, damit sie merken, was für Abfälle herumliegen, die andere weggeworfen haben und die man nachher einsammeln muss. Es ist nicht eine Ein-Tages-Tätigkeit, sondern es muss ein ständiges Thema sein. Er ist auch der Meinung, dass ganze viele Leute wüssten, wie man sich verhalten muss, aber es aus irgendwelchen Bequemlichkeitsgründen nicht machen. Es wurde bereits gesagt, dass es nicht nur um die Schule geht, sondern dass die Entsorgung, Vereine und weitere Kollektive thematisiert sind und man eine breitere Kampagne fahren soll. Dazu gibt es eine niederschwellige Möglichkeit, nämlich so ein Littering Label, das man anstreben kann, das nichts kostet und wo man entsprechende Aktivitäten machen kann. Das wäre die Idee, die man umsetzen könnte. Leider hat man die nötige Ressoucierung nicht, damit man einen tollen Clean-Up Day durchführen und einen entsprechenden Riesenevent daraus machen könnte, weil das immer seriös aufgegleist sein muss. Für alle, die an einen Event gehen, ist das alles normal. Wenn man den Event selbst organisieren muss, merkt man, was alles dahinter ist und vorgekehrt werden muss. Wenn man das entsprechend verstärken möchte, muss man wissen, dass es den Aufwand braucht, der in der Vorlage erwähnt wird. Gerade im Werkhof herrscht anscheinend eine ganz schwierige Situation, wo man keine freien Ressourcen hat, die man zur Verfügung stellen könnte. Es ginge also nur im Einklang mit allen Playern oder sonst vielleicht etwas Abgespecktes, das man ein Jahr darauf ein Stück weit aufbauen könnte.
- 3.8 François Scheidegger findet das an und für sich eine gute Sache, die er auch unterstützen würde. Er bittet aber auch um Verständnis, dass es nur im beschränkten Rahmen möglich ist. Deshalb macht die Verwaltung dem Gemeinderat beliebt, die Motion als Postulat erheblich zu erklären.
- 3.9 Angela Kummer ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.
- 3.10 Gemeinderat Daniel Hafner möchte, dass der Input von Richard Aschberger von der Verwaltung aufgenommen wird. Es ist wichtig, was er sagt. Es ist sinnvoll, Aktionen durchzuführen, aber er findet es unerlässlich, dass ein gewisser Druck da ist - sei es von der Busse her oder aufgrund der Geschichte mit den Sozialstunden, wie sie Richard Aschberger vorgeschlagen hat. Er fände es toll, wenn das Niederschlag finden würde.
- 3.11 Stadtschreiberin Luzia Meister nimmt den Input auf. Man hat ohnehin vor, bei Gelegenheit das Abfallreglement zu überarbeiten.

- 3.12 François Scheidegger gibt zu bedenken, dass es mit einem riesigen Aufwand verbunden ist, wenn man jemanden zu Arbeitsleistungen verpflichten will. Das braucht auch wieder Ressourcen, weil man jemanden abstellen muss, der den ganzen Tag neben dieser Person steht, sonst geht das erfahrungsgemäss nicht. Richard Aschberger hat Recht. Vom Erzieherischen her wäre es das Richtige.
- 3.13 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: BD, GLSG

GSL
BD
Stapo
SF

8.5.6 / acs

Motion Nicole Hirt (glp): Transparenz bei Auftragsvergaben: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/14.02.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Dass der Antrag auf nicht erheblich gelautet hätte, so Gemeinderätin Nicole Hirt, hätte sie eigentlich noch erwartet. Vor allem nach den Reaktionen nach der Einreichung. Dass sie aber als ungültig erklärt wird, ist schwer verständlich. In Solothurn hat eine Interpellation der SVP dazu geführt, dass im Protokoll ausnahmslos alle Parteien und deren Sprecher sich für Transparenz aussprachen. So wurde sauber dargestellt, wer wann welche Aufträge und in welchem Umfang erhielten. Ihr ist nicht klar, warum das in Grenchen nicht funktioniert, warum man sich dermassen dagegen wehrt. Sie wird sich erlauben, im Anschluss an die Fraktionssprecher ihr Votum noch um ein paar Sachen zu ergänzen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass sich die SP in der Fraktion nicht einig war, als sie es diskutiert hat. Ein Teil der Fraktion fand die Motion etwas dünn ausformuliert. Transparenz impliziert aus seiner Sicht zwei Sachen: Erstens was ist in Solothurn? Wie wird das konkretisiert? Zweitens gibt es einen Anlass, den Nicole Hirt motiviert hat und der untermauert, dass dort Handlungsbedarf ist? Das sind die zwei Fragen, welche die SP-Fraktion beschäftigen.
- 3.1.1 Nicole Hirt erwidert, dass es keinen Anlass gibt. Es geht rein um Transparenz. Wenn man Behördenmitglied ist, hat man nichts zu verbergen und kann zu dem stehen, was man von der Stadt als Auftrag erhält. Sie sieht hier keinen Grund dahinter, wieso man das nicht könnte. Sie wirft auch niemandem vor, dass es nicht rechtmässig abgelaufen ist. In Solothurn wurde das Submissionsreglement in diesem Zusammenhang absolut eingehalten. Die Behördenmitglieder haben sich einverstanden erklärt, dass sie das offenlegen. Es war so, dass man das Einverständnis eingeholt hat. Warum ist das in Grenchen nicht möglich?

- 3.1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger ist es immer möglich, wenn ein Behördenmitglied freiwillig sagt, dass es diesen oder jenen Auftrag von der Stadt erhalten hat. Vielleicht macht man sich hier aber auch ein wenig falsche Vorstellungen, was für Aufträge das wären.
- 3.1.3 Wenn Nicole Hirt die Auflistung sieht, die in der Interpellationsantwort von Solothurn drin ist, ist es schon nicht ganz unerheblich, was alles zusammenkommt.
- 3.1.4 François Scheidegger weist darauf hin, dass man nicht in Solothurn ist.
- 3.1.5 Stadtschreiberin Luzia Meister hat sich an den Text gehalten, so wie er hier vorgeschlagen ist. Sie prüft nicht Varianten der Motion, sondern das, was hier steht. Und hier steht, dass man das ab Verwaltungsbericht 2019 so machen soll. Das ist relativ eng und satt formuliert. Dort ist nicht formuliert, dass die Behörde freiwillig sagen soll, dass sie das will und die Verwaltung beauftragt werden soll, eine neue Regelung einzuführen. So wie es hier formuliert ist, kann man es nicht machen, weil man nicht - schon gar nicht im Nachhinein - verlangen kann, dass die Leute jetzt hier einverstanden sind. Wenn sich alle einverstanden erklären, kann man das machen - das ist so - aber bevor man alle fragt und vielleicht gewisse exponiert, die dann sagen, dass sie das auch irgendwelchen - auch legitimen - Gründen nicht möchten, sollte man sich überlegen, ob so eine Liste wirklich so viel weiter hilft. Hilft es weiter, wenn man es in den Verwaltungsbericht stellt, welcher ewig im Internet dann auch greifbar ist. Was will man genau? Eine neue Regelung kann man einführen. Dann diskutiert man aber über die Regeln, die Hintergründe und wie weit man gehen soll und was man genau ausweisen will. Aber das war hier nicht die Frage. Jetzt bezieht es sich nur auf das Jahr 2019ff. Dann müsste man alle fragen, auch wenn man das Gefühl hat, dass alle ja sagen und es toll finden. Aber man kann niemanden zwingen, ja zu sagen.
- 3.1.6 Nach Auffassung von Nicole Hirt hinterlässt das einen schalen Nachgeschmack, wenn sich jemand dagegen wehrt, das offenzulegen. Das erzeugt bei ihr ein ungutes Gefühl. Was spricht dagegen? Wenn sie persönlich in dieser Situation wäre und bekäme von der Stadt einen Auftrag, sähe sie kein Problem darin, das offenzulegen und zu deklarieren. Sie würde es sogar freiwillig machen, weil sie ja genau nicht will, dass man sagt, dass ihr Aufträge zugeschanzt werden. Es ist ja in ihrem eigenen Interesse.
- 3.1.7 Laut Luzia Meister gibt es solche Grundgedanken im Datenschutz immer, in Sinne dass man es offen legen soll, wenn man nichts zu verstecken hat. Im Umkehrschluss bedeutet es dann, wenn man es nicht will, hat man etwas zu verstecken. Aber so funktioniert Datenschutz nicht. Zudem werden nicht alle Auftragnehmer gleich behandelt. Alle, die nicht in einer Behörden sind, müssen ihre Aufträge nicht offenlegen. Man kann das fair finden, aber auch legitimerweise nicht fair finden. Wenn dann jemand sagt, dass er das auch grundsätzlichen Gründen nicht will, ist das sein Recht. Deswegen muss er noch lange nichts zu verstecken haben.
- 3.1.8 Nicole Hirt zitiert, was die Datenschutzbeauftragte in der Antwort von Solothurn gesagt hat: *„Ausnahmsweise dürfen Personendaten bekanntgegeben werden. Es ist eine Interessenabwägung zwischen den Interessen der betroffenen Person und den Interessen der Öffentlichkeit vorzunehmen. Personen, welche aus einem rechtlichen oder faktischen Verhältnis zu einer Behörde Vorteile erlangen, müssen sich auch gewisse Eingriffe in die Privatsphäre gefallen lassen.“* Sie findet das sauber dargestellt.

Am 26. Oktober 2016 gab es einen Artikel in der Solothurner Zeitung über dieses Thema. Der Stadtpräsident von Solothurn hat darin Stellung genommen. Er ist sich der Problematik bewusst und hat eine saubere Antwort abgegeben. Wunderbar! In Grenchen ist es nicht möglich. In Solothurn spricht man von Filz und von ... - sie hütet sich davor, das Wort hier in den Mund zu nehmen, aber für sie geht es genau in diese Richtung.

- 3.1.9 Laut François Scheidegger wäre auch folgendes Vorgehen möglich: Der Gemeinderat erklärt die Motion für ungültig und dann macht Nicole Hirt beim Kanton Beschwerde und bekommt eine Antwort.
- 3.2 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno gibt es grundsätzlich bereits genügend Vorschriften und Methoden, wie Transparenz geschaffen werden kann. Eine weitere zusätzliche Regelung einzuführen, um einen gläsernen Gemeinderat zu erhalten, ist nicht zielführend und hat eher den Effekt das gute Klima im Rat zu vergiften. Abgesehen davon, ist es in einer Kleinstadt wie Grenchen absolut normal, dass z.B. ein Architekt, Rechtsanwalt oder Garagist im Gemeinderat sitzen und für eine Offerte von der Gemeinde angefragt werden und dann einen Auftrag erhalten. Dies sind ganz normale Vorgänge in einer Kleinstadt, wo sich die Auswahlmöglichkeiten in Grenzen halten. So passiert es halt, dass jemand, der im Gemeinderat sitzt, einen Auftrag erhält. Er sieht hier nirgends ein Problem. Es wäre dann problematisch, wenn immer der Architekt, der im Gemeinderat sitzt, den Auftrag erhalten würde.
- 3.2.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger ist genau das Gegenteil der Fall. Er wird immer wieder angegangen, warum man nicht diesen oder jenen Grenchner Architekten berücksichtigt. Das ist der Punkt. Es gibt auch noch den Auftrag der Behörde, dass man das Grenchner Gewerbe berücksichtigen muss. Und wenn man es berücksichtigt, ist es auch wieder nicht Recht. Es ist manchmal schon etwas schwierig. Es wird viel von Transparenz gesprochen, aber manchmal geht es schlicht und ergreifend um die Befriedigung der persönlichen Neugier.
- 3.3 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, ist es nicht das erste Mal, dass unter dem Titel „Transparenz“ hier in der Exekutive der Stadt Grenchen nach Auflistungen verlangt wird. Einmal sind es allfällige Aufträge für Materiallieferungen und Dienstleistungen, einmal waren es Strafregisterauszüge und ein anderes Mal wird es dann etwas anders sein. Manchmal spielt eben auch die momentane persönliche Befindlichkeit eine Rolle. Vielleicht kurz zu den Strafregisterauszügen. Diese wurden dann, trotz Ansage, auch nie publiziert, weder auf einer Homepage noch anderswo. Die äusserst detaillierte Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Thematik, die vorliegt, spricht Bände. Einerseits sieht das Gemeindegesetz des Kantons gewisse Regelungen vor. Unter anderem die sogenannte Ausstandspflicht. Wenn persönlich und insbesondere materielle Interessen im Spiel sind, besteht eben diese Ausstandspflicht. Diese wird gerade in Grenchner Rat, so meint er sagen zu können, sehr gut resp. sehr konsequent angewendet, auch in Zweifelsfällen. In der Auflistung werden Ehegatten, Partner, Verwandte und Vorgesetzte erwähnt. Er geht davon aus, dass unter Partner durchaus auch Geschäftspartner gemeint sein könnten oder müssten. Die Anzahl Aufträge resp. die Gesamtsumme, die allenfalls an Behördenmitglieder vergeben wird, sagt wenig bis gar nichts aus, wenn man die Gesamtsumme aller Aufträge, die vergeben wurden, nicht kennt. Grenchen ist, wenn es nach dem Vokabular des Schweizerischen Städteverbandes geht, eine sogenannte „kleine Kernstadt“. Mit Betonung auf klein.

Die Behörden und die Verwaltung haben die „moralische“ Pflicht, Aufträge, wenn einigermaßen möglich, an Betriebe und Unternehmen der Stadt zu vergeben. Selbstverständlich immer unter Berücksichtigung der Submissionsverordnung und anderer massgebender gesetzlicher Grundlagen. Mandatsträger sollen nicht besser, aber auch nicht schlechter behandelt werden als andere. Wenn man sich der Grösse der „Kleinstadt“ bewusst ist, kann es eben vorkommen, dass stadintern gar nicht so viele Anbieter für einzelne Sachen vorhanden sind.

In der Vorlage ist im Übrigen zu Recht festgehalten, dass sich aus einer Aufzählung von den vergebenen Aufträgen und aus der entsprechenden Gesamtsumme in keiner Art und Weise feststellen lässt, ob die Auftragsvergabe „korrekt“ verlaufen ist. Dazu bräuchte es die Auflistung zahlreicher weiterer Kriterien. An der letzten Gemeindeversammlung wurde die Wiedereinführung einer Geschäftsprüfungskommission beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass diese, wenn sie dann einmal gewählt ist und ihres Amtes waltet, auch auf diesem Gebiet gewisse Überprüfungen und Abklärungen machen wird. Nicht zuletzt auch auf Anregung von einzelnen Mitgliedern der Exekutive. Aus der Vorlage geht weiter hervor, dass es durchaus auch schützenswerte private Interessen gibt und der Bearbeitung und der Publikation von Daten und Listen aller Art, aus datenschutzrechtlichen Gründen, zu Recht, auch gewisse Grenzen gesetzt sind.

So ein Verwaltungsbericht muss, wenn es nach gewissen Leuten geht, für verschiedenes hinhalten. Einmal sind es die bezogenen Sitzungsgelder, einmal die Anzahl Wochenmärkte, ein anderes Mal vielleicht die Zahl der Schulabgänger, die keine Stelle gefunden haben und so weiter und so fort. Die GR-Mitglieder sollten sich einmal die Frage stellen, wer ausser ihnen diesen Verwaltungsbericht auch noch liest.

Summa Summarum ist die FDP-Fraktion auch der Auffassung, dass nicht alles und jedes, insbesondere auch aus dem Zusammenhang gerissene Anliegen, im Verwaltungsgericht verewigt sein muss, und ist einverstanden, dass die Motion für ungültig erklärt wird.

- 3.4 Gemeinderätin Angela Kummer möchte erklärt haben, warum die Motion ungültig sein soll. Sie findet das Anliegen berechtigt und sieht nicht einen riesigen Verwaltungsaufwand dahinter. Betreffend Transparenz gibt es immer noch eine riesige Diskrepanz zwischen Gemeinderatskommission und Gemeinderat (wer wie viel weiss und von gewissen Projekten mitbekommt usw.). Das muss man sich bewusst sein. Das ist ein wunder Punkt in dieser Diskussion. Daran muss man schon arbeiten.
- 3.4.1 Dann muss man, so François Scheidegger, die Gemeinderatskommission abschaffen. Er hat damit kein Problem. Dann gibt es 14-tägliche Gemeinderatssitzungen und ein Drittel der Traktanden ist nachher vertraulich. Das ist dann wunderbar. Vertrauliche Geschäfte schaffen auch immer Vertrauen für den Bürger.
- 3.4.2 Stadtschreiberin Luzia Meister betont, dass die Gemeinderatskommission diese Informationen auch nicht erhält. In der Stellungnahme steht, dass sie es nicht erfüllen kann, so wie das hier steht. Sie müsste jeden Einzelnen fragen. Wenn nur einer nicht einverstanden ist, ist die Liste schon nicht mehr so, wie sie verlangt wird.
- 3.5 François Scheidegger sähe auch eine Möglichkeit darin, mittels Interpellation zu fragen, wie man das transparenter machen kann, wenn das wirklich ein Anliegen ist.

- 3.6 Reto Gasser verweist auf die Aktiengesellschaft, welche auf Französisch „Société anonyme“ heisst und zwar deshalb, weil man nicht sieht, wer Aktionär ist. Also was bringt das? Dann sucht Luzia Meister, wo jemand vermutungsweise sein könnte. Seines Erachtens ist es nicht justiziabel. Von daher wird es am Schluss ein Papiertiger sein - einmal mehr.
- 3.7 Nicole Hirt will noch wissen, ob es die Möglichkeit gibt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.
- 3.7.1 Luzia Meister antwortet, dass sie eine andere Frage stellen soll.
- 3.7.2 François Scheidegger meint, dass Nicole Hirt ihre Motion auch noch zurückziehen könnte.
- 3.8 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 12 : 3 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird für ungültig erklärt.

Vollzug: KZL

FV

0.1.8 / acs

Motion Fraktion SVP: Elternbeiträge jetzt überprüfen und anpassen: Einreichung

1 Mit Datum vom 3. März 2020 reicht die SVP-Fraktion folgende Motion ein (Ersatzunterzeichner: Richard Aschberger):

1.1 Motionstext

Seit Jahren hören wir im Gemeinderat immer die gleichen Voten der zuständigen Stellen, egal ob es bei Tagesstrukturen heute ist oder schon 2016 (!), wo noch Maya Karlen zuständig war (GR 05.04.2016): Eine Überprüfung soll man erst nach einer gewissen Zeit im Vollbetrieb anschauen etc. etc. etc.

Bei diversen Geschäften der letzten Monate haben wir das in den Voten auch immer wieder gefordert, zuletzt in den Sitzungen Ende 2019. Da die Voten offensichtlich nur das Papier interessieren, ist nun hier eine Motion.

Motionsanträge:

- 1. Alle Elternbeiträge sind mit umliegenden Gemeinden und den Städten Solothurn / Olten zu vergleichen und die Vergleichswerte sind dem Gemeinderat vorzulegen inklusive vorgeschlagenen Anpassungen der Verwaltung/Finanzverwaltung (auch Mittagstisch etc.).*
- 2. Die Überprüfung und das Vorgehen betreffend Anpassungen bei den Elternbeiträgen haben zeitlich so zu geschehen, dass die Änderungen spätestens auf das neue Schuljahr 2021/22 (sprich Sommer 2021) in Kraft treten.*
- 3. Es ist aufzuzeigen, welche Einkommensklassen aktuell die Angebote nutzen.*

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

SV
FV

2.0.0 / acs

Postulat Remo Bill (SP): Photovoltaikanlage auf den Dächern vom Feuerwehrgebäude und Kindergarten Schmelzi: Einreichung

1 Mit Datum vom 3. März 2020 reicht Remo Bill (SP) folgendes Postulat ein:

1.1 Postulatstext

Von der Stadtverwaltung ist zu prüfen, ob auf dem Dach des Feuerwehrgebäudes und des Kindergartens Schmelzi eine Photovoltaikanlage erstellt werden kann.

Begründung:

Photovoltaik liefert kostengünstig sauberen und nachhaltig produzierten Strom und ist im aktuellen Tiefzinsumfeld eine der sichersten und stabilsten Formen der Geldanlage. Nach dem Bau erzeugt eine Anlage über die gesamte Lebenszeit Strom zu einem fixen Preis. Es wird CO₂-neutraler, klimafreundlicher Strom produziert und hilft die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen.

Für Grenchen als Energiestadt wäre das ein positives Zeichen, auf städtischen Gebäuden eine Photovoltaikanlage zu betreiben. Die Dachflächen des Feuerwehrgebäudes und des Kindergartens Schmelzi von ca. 400 m² würden für die Produktion von Energie ideal zur Verfügung stehen.

Die Photovoltaikanlage könnte von der SWG realisiert und betrieben werden. Die Anlage sollte sich auch als «Showanlage» verstehen, wo die Möglichkeit für die Bevölkerung und andere Interessierte besteht, sich adäquat über eine Photovoltaikanlage zu informieren. Dazu gehören Energieablesung, Visualisierung von Gleichrichtern sowie Hinweistafeln mit allgemeinen Informationen zur Stromerzeugung und Kosten.

2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Rats-sitzung abgestimmt.

BD
SWG

8.7 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): Elektrobusse für die BGU?: Einreichung

1 Mit Datum vom 3. März 2020 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

In Genf wie auch in Bern, Schaffhausen und St. Gallen sind Elektrobusse in Betrieb genommen worden. Während verschiedene Städte auf die Elektro-Mobilität umsteigen, ist man im Kanton Solothurn noch nicht ganz so weit. Noch fahren keine E-Busse auf Solothurner Strassen. Verschiedene Busbetriebe haben aber Bemühungen in diese Richtung aufgenommen. So wollen beispielsweise die Busbetriebe Olten Gösgen Gäu ab 2023 erste Elektro-Busse in Betrieb nehmen.

Gegenüber dem auf Verbrennungsmotoren basierenden Verkehr bietet die Elektromobilität sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch entscheidende Vorteile. Die Elektrobusse erzeugen im Betrieb lokal keine Schadstoffe und tragen damit zur CO₂-Reduktion bei.

Die E-Busse laden sich an ausgewählten Endhaltestellen auf. Die neuen Busse zeichnen sich durch ein innovatives Antriebssystem aus. Der Strom für den Elektroantrieb stammt aus einer Batterie. E-Busse sind umweltfreundlich, ressourcenschonend und dabei auch noch komfortabler. Die E-Busse fahren ruckfrei und verursachen keinen Lärm, was die Aufenthaltsqualität in der Stadt und in den Quartieren verbessert.

Für die Energiestadt Grenchen wäre die Umstellung auf die neue Elektro-Antriebstechnologie für Fahrzeuge der BGU ein nächster Schritt für das Erreichen des Gold-Labels.

Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

- 1. Ist bei der Busbetrieb Grenchen und Umgebung AG, BGU, bei der Evaluation eines neuen Busses der Vergleich mit einem E-Bus geprüft worden?*
- 2. Wenn ja: Was hat die Prüfung ergeben?*
- 3. Wie steht es um die Bereitschaft der Busbetrieb Grenchen und Umgebung AG, BGU, in Zukunft in die Elektro-Antriebstechnologie zu investieren?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BGU

6.6 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): Überprüfen der Kommissionen der Stadt Grenchen?: Einreichung

1 Mit Datum vom 3. März 2020 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

An der Gemeinderatssitzung vom Dienstag, 25. Oktober 2016, habe ich zum Massnahmenpaket 2 unter Ziffer 3.8.3 die Überprüfung der Kommissionen der Stadt Grenchen für die Legislatur ab 2017 hinsichtlich Aufgaben, Qualität, Effizienz und Sitzungsgeld beantragt.

Mein Antrag wurde vom Gemeinderat mit 7: 6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen. Es sind seit dieser Gemeinderatssitzung 3 1/2 Jahre vergangen und von der Stadtverwaltung wurde in dieser Hinsicht nichts unternommen. Das kann ich so nicht akzeptieren!

Es gibt gewisse Kommissionen, die fachlich unterdotiert sind, wo man ein Pflichtenheft oder ein Anforderungsprofil erstellen müsste. Die Parteien haben aber auch zusehends Probleme, Personen zu finden, welche bereit sind, Kommissionsarbeit für die Stadt Grenchen zu leisten.

Im Jahr 2021 beginnt die neue Legislatur, darum bitte ich die Stadtverwaltung um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Bis wann werden die Resultate der im Oktober 2016 verlangten Überprüfung der Kommissionen vorliegen?*
- 2. Bei welchen Kommissionen existiert ein Pflichtenheft oder Anforderungsprofil für Kommissionsmitglieder/-innen?*
- 3. Ist es möglich, z.B. bei der Bau- und Planungskommission BAPLUK eine externe, politisch unabhängige Fachbegleitgruppe ab der neuen Legislatur einzusetzen?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stadtschreiberin
BD

0.1.8 / acs

Interpellation Richard Aschberger (SVP): Stellenentwicklung bei den Schulen Grenchen / Bildung: Einreichung

- 1 Mit Datum vom 3. März 2020 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1 Interpellationstext:

Der Budgetposten „Bildung“ ist der grösste/teuerste Brocken in Grenchen. Der Aufwand hat sich von knapp 18 Millionen CHF im 2006 auf knapp 23 Millionen im 2018 massiv gesteigert. Hierzu habe ich Fragen und danke für die Beantwortung:

 1. *Wie kommt diese massive Kostensteigerung konkret zu Stande?*
 2. *Was wurde alles umgesetzt, wo nicht zwingend vorgegeben wurde von Bund/Kanton, sprich was ist kein „must have“, sondern ein „nice to have“?*
 3. *Was wäre das theoretische Sparpotential, wenn man nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllen würde ohne freiwillige Zusatzleistungen (unabhängig davon, ob vom Gemeinderat/GV beschlossen oder nicht, rein zu Vergleichszwecken)?*
 4. *Wie haben sich die durchschnittlichen Löhne in der Zeitperiode 2006-2018/19 entwickelt?*
 5. *Wie haben sich die Pensen entwickelt in Bezug auf Teilzeit und speziell auf Kleinstpensen?*
- 2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

GLSG
SV
FV

2.0 / acs

Kleine Anfrage Remo Bill (SP): "Illegale" Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Einreichung

1 Mit Datum vom 3. März 2020 reicht Remo Bill (SP) folgende kleine Anfrage ein:

1.1 Text der kleinen Anfrage:

Am 22. Januar 2019 habe ich eine Interpellation zu den «illegalen» Autoabstellplätzen im öffentlichen Raum eingereicht. An der Gemeinderatssitzung vom 2. April 2019 wurde die Interpellation traktandiert. Die vom Interpellanten gewünschte Diskussion zeigte, dass die Autoabstellplätze auch für andere Gemeinderatsmitglieder störend sind.

Mit der Beantwortung der Interpellation war ich nicht zufrieden. Die Argumente waren, dass der Stadt Grenchen bei auf privatem Grund abgestellten Autos die rechtlichen Möglichkeiten fehlen einzuschreiten.

Am 20. Februar 2020 habe ich die in der Interpellation erwähnten Autoabstellplätze nochmals besucht, fotografiert und mit dem Stadtpräsidenten an der wöchentlichen Sitzung besprochen.

Ich bitte die Stadtverwaltung um Beantwortung der folgenden Frage:

Kann die Autoabstellproblematik in der Stadt Grenchen in der laufenden Ortsplanrevision berücksichtigt werden?

2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
Stapo

6.3 / acs